

IV

Ra 67.

Die

# Verfassung der Gerichtsbehörden

des

## Livländischen Gouvernements.

---

Riga, 1865.

ESTICA

A-533

Abänderungen  
des  
ersten Theils des Provinzialrechts  
der  
**Dtsee-Gouvernements.**

---

Behörden-Verfassung.  
Verfassung der Gerichtsbehörden  
des  
5A  
~~19133~~ Gouvernements Livland.

Nov. 38, 216

---

(Als Manuscript gedruckt.)



---

Riga, 1865.

Ernst Plates Stein- und Buchdruckerei.

# Die Verfassung der Gerichtsbehörden

des

Gouvernements Livland.

## Einleitende Bestimmungen.

### Artikel 1.

Die richterliche Gewalt wird in dem Gouvernement Livland sammt Defel ausgeübt:

- durch die Bauergerichte (Gemeinde- und Kirchspielsgerichte);
- durch die Bagatellgerichte (Kirchspielsrichter als landische Einzelrichter, Stadt-Einzelrichter und Kirchspielsrichter und Kirchspielsrichter-Versammlungen);
- durch das Handelsgericht in Pernau;
- durch die ordentlichen Collegialgerichte (Instanzgerichte und das Hofgericht);
- durch die Consistorien und die Ober-Kirchenvorsteher-Aemter;
- durch die Gerichtsbehörden der Universität Dorpat;
- durch die örtlichen Militärgerichte;
- durch die Gerichtsbehörden der Stadt Riga und deren Patrimonial-gebiet.

Anmerkung. Für die letztgenannten vier Kategorien gelten besondere Gesetze, welche in gegenwärtige Verfassung der Gerichtsbehörden des Gouvernements Livland nicht aufgenommen sind.

### Art. 2.

Alle bisher durch den Stand bedingten Gerichtsstände sind bei den, laut dieser Gerichtsbehörden-Verfassung fortan vereinigten Land- und Stadt-Gerichten aufgehoben.

### Art 3.

Mit Ausnahme der Gemeindeggerichte und Kirchspielsgerichte, sowie der landischen und städtischen Einzelrichter, wird hinsichtlich der übrigen im Art. 1 obgenannten Behörden für die Gerichtsverhandlungen der Gebrauch des gesetzlichen Stempelpapieres, die Entrichtung der tagmäßigen Gerichtsgebühren aber, mit alleiniger Ausnahme der Gemeinde- und Kirchspielsgerichte, für die Gerichtsverhandlungen aller Behörden vorgeschrieben, ohne Unterschied des Standes der betheiligten Partei.

Art. 4.

Außer der in Privat-Rechtsstreitigkeiten nach den Regeln des Civilprocesses erlaubten freiwilligen Prorogation der Parteien ist es keiner unzuständigen Justizbehörde, Administrativbehörden und Beamten aber ohne Ausnahme in keinem Falle gestattet, in die Berufsthätigkeit und den Zuständigkeitsbereich irgend einer Justizbehörde einzugreifen, oder auf die Entscheidung der letzteren einwirken zu wollen, und soll die Verhandlung und Entscheidung der Privat- und Straf-Rechtsachen den dazu gesetzlich berufenen Justizbehörden unter keinem Vorwande entzogen, noch auch außerordentlich ernannten Commissionen oder Commissarien übertragen werden, — vielmehr hat jede Einwirkung der Staatsregierung auf die Berufsthätigkeit der Justizbehörden nur durch die dazu verordneten Beamten der Staats-Anwaltschaft innerhalb der ihnen durch diese Behörden-, so wie die Civil- und Strafrechts-Ordnung gezogenen Schranken zu geschehen.

Art. 5.

Die Bestimmung über die Behörden-Verfassung im 1. Bande des Provinzialrechts der Ostsee-Gouvernements von 1845 und in der 1. Fortsetzung, so wie in den späteren Abänderungen desselben, desgleichen die Livländische Bauerverordnung von 1860, bleiben in Geltung, sofern sie nicht durch diese Behörden-Ordnung aufgehoben oder abgeändert sind.



## Allgemeine Bestimmungen.

### Erstes Hauptstück.

#### Von der inneren Einrichtung der Gerichte.

##### Erste Abtheilung.

##### Von den Sitzungen der Gerichte.

Art. 6.

Die Gerichte halten ihre Sitzungen in besonders dazu bestimmten Localen.

Art. 7.

Die Sitzungen der Instanzgerichte können in ihrem Jurisdiction=Bezirk nach Erforderniß auch außerhalb der Städte, in welchen sie ihren Sitz haben, abgehalten werden.

Art. 8.

Im Sitzungszimmer des Gerichts sind für die nicht zum Personale desselben gehörigen Personen besondere Plätze einzurichten.

Art. 9.

An jeder Sitzung des Collegial-Gerichts, seiner Departements oder Abtheilungen, müssen mindestens drei Glieder, den Vorsitzenden mit eingerechnet, Theil nehmen und außerdem ein Secretair dabei anwesend sein.

Art. 10.

Der Vorsitzende hat die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Sitzungszimmer und in den übrigen Räumlichkeiten der Gerichtsbehörde zu handhaben. Er eröffnet und schließt die Gerichtssitzungen, überwacht die Geschäftsordnung, bestimmt die Reihenfolge der in gesetzlicher Ordnung zu verhandelnden Sachen, leitet die Verhandlungen, erteilt und entzieht das Wort zu Äußerungen in den zu verhandelnden Sachen. An ihn hat sich ein Jeder in Angelegenheiten der Behördenordnung oder Sachverhandlung zu wenden.

Desgleichen hat der Vorsitzende die der Beschlußnahme vorausgehenden Berathungen des Gerichts zu eröffnen und zu schließen, die Gerichtsglieder zur Verlautbarung ihrer Vota aufzufordern und das Urtheil, so wie die den beteiligten Parteien zu eröffnenden Beschlüsse des Gerichts zu verkünden.

Art. 11.

In Abwesenheit des Vorsitzers und dessen Gehilfen vertritt denselben mit allen ihm zustehenden Rechten und obliegenden Pflichten das der Amtsstellung nach nächstfolgende anwesende Gerichtsglied.

Art. 12.

Wenn die zu einer Sitzung erforderliche Anzahl von Gerichtsgliedern nicht anwesend ist, so hat der Vorsitzende das in einer anderen Abtheilung oder in einem anderen Departement desselben Gerichts anwesende jüngste Gerichtsglied zur Theilnahme an der erwähnten Sitzung aufzufordern.

Auch die Secretaire des betreffenden Gerichts, wenn sie die für einen Richter geforderten Rechtskenntnisse besitzen, so wie die am Gerichtsorte domicilirenden Advocaten — unter Beeidigung für den betreffenden Fall, — können als Ergänzungsrichter zugezogen werden.

Art. 13.

Sollte die Ergänzung des Gerichts auf die im Art. 12 angegebene Weise nicht bewerkstelligt werden können, so hat das betreffende Gericht sich dergestalt zu ergänzen, daß zur Theilnahme an seinen Sitzungen im Instanzgerichte der am Orte befindliche Untersuchungsrichter, im Hofgerichte aber ein Glied eines der Instanzgerichte nach Bestimmung des Instanzgerichts-Vorsitzers, einberufen wird.

Art. 14.

An einer und derselben Gerichtssitzung dürfen nicht theilnehmen Richter, welche mit einander in gerader Linie ohne Rücksicht auf den Grad, in der Seitenlinie aber bis zum vierten Grad einschließlich verwandt, oder im ersten Grad verschwägert sind.



Eben so wenig darf in der Oberbehörde ein Ergänzungsrichter an Rechtsachen sich betheiligen, in welchen er als Untersuchungsrichter oder als Glied des Instanzgerichts thätig gewesen.

Art. 15.

Die Sitzungen der Gerichte sind beratende oder öffentliche, besondere einer einzelnen oder allgemeine aller Abtheilungen oder Departements.

Art. 16.

Beratende Sitzungen werden bei geschlossenen Thüren abgehalten und finden statt:

- 1) zur Bepriifung und Feststellung der Geschäftsordnungen der Gerichtsbehörden;
- 2) zur Verhandlung und Erledigung der Disciplinarsachen gegen Beamte des Justizressorts;
- 3) zur Berathung der Sachen, welche die Verwaltung im Gerichtswesen betreffen;
- 4) zur Verhandlung und Erledigung solcher Sachen und Fragen, welche nach den Regeln der straf- oder privatrechtlichen Proceßordnungen in beratender Sitzung zu entscheiden sind.

Art. 17.

Oeffentliche Sitzungen finden statt zur gerichtlichen Verhandlung und Verkündigung der Entscheidungen und Urtheile in Sachen des strafrechtlichen Anlagerefahrens und in Privatrechtsstreiten. Die Fälle, in welchen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen ist, sind in den Proceßordnungen angegeben.

Art. 18.

In den öffentlichen Sitzungen darf Niemand die Ruhe und Ordnung stören, und ist Jedermann verpflichtet, den betreffenden Anordnungen des Vorsitzenden sich zu unterwerfen.

Art. 19.

Wenn ein Zuhörer der Verletzung der im Art. 18 vorgeschriebenen Regel sich schuldig macht, so kann der Vorsitzende den Ruhestörer hinausweisen oder, wenn derselbe nicht Folge leistet, ihn hinausführen oder auch bis auf 24 Stunden in Verhaft nehmen lassen.

Art. 20.

Im äußersten Falle kann der Vorsitzende, wenn die Ruhestörer nicht zu ermitteln, und wenn seine Ermahnungen erfolglos sind, alle Zuhörer aus dem Gerichtszimmer hinausweisen.

Art. 21.

Der Stadt-Einzelrichter, der Vorsitzer des Kirchspielsgerichts als solcher oder als Einzelrichter, und der Gemeindegerechts-Vorsitzer, sind berechtigt, in der Gerichtssitzung anwesende zur Sache betheiligte oder unbetheiligte Personen, welche die Ruhe und Ordnung stören, zu ver-

warnen, im Wiederholungsfalle aber dieselben mit einer Geldbuße von 25 Kopeken bis zu 3 Rubel zu belegen und nöthigenfalls aus der Sitzung zu entfernen.

Trifft eine solche Entfernung eine bei der Sachverhandlung betheiligte Person, so muß die vorausgehende Verwarnung ausdrücklich auf die im Art. 22 angekündigten gesetzlichen Folgen der Entfernung gerichtet werden.

#### Art. 22.

Für Verletzung der im Art. 18 vorgeschriebenen Regel durch einen bei der Sachverhandlung Betheiligten, oder dessen gesetzlichen Stellvertreter, hat der Vorsitzende dem Schuldigen eine Verwarnung oder einen Verweis zu ertheilen, mit der Bemerkung, daß derselbe im Wiederholungsfalle aus der Sitzung entfernt und in gleicher Weise wie ein ungehorsam Ausbleibender oder beziehungsweise Antwortweigernder werde angesehen und mit allen daran durch die Proceßordnungen geknüpften Rechtsfolgen werde belegt werden. Hierauf kann, beim Eintritt des Wiederholungsfalles, der Schuldige aus der Sitzung entfernt werden.

#### Art. 23.

Die im Art. 22 enthaltenen Bestimmungen gelten auch, wenn ein zur Sache Betheiligter oder dessen Stellvertreter beleidigende Aeußerungen gegen die Person, das Privat- oder Familien-Leben seines Gegners oder Mitbetheiligten sich erlaubt, oder solche für denselben nachtheilige Umstände offenbart, die nicht zur Sache gehören.

#### Art. 24.

Der Vorsitzende kann zur Wiederherstellung der Ordnung und zum Schutze der Freiheit und Sicherheit des Gerichts die Hilfe der Ortspolizei und in außerordentlichen Fällen des nächsten Militair-Commando's in Anspruch nehmen. Requisitionen dieser Art müssen pünktlich und unverzüglich erfüllt werden.

#### Art. 25.

Allgemeine Versammlungen der Abtheilungen oder Departements (Plenarsitzungen) eines Gerichts finden statt:

- 1) zum Vortrage von Anordnungen, welche ein bestimmtes Gericht, oder die Gerichte überhaupt betreffen;
- 2) zur Besetzung der Kanzlei- und anderen Aemter, hinsichtlich welcher die Wahl oder Anstellung vom Gerichte abhängt;
- 3) zur Bestimmung darüber, welche Glieder des Gerichts die Ferien benutzen können und in welcher Reihenfolge;
- 4) zur Entscheidung über die von der Gerichtsbehörde abhängende Entlassung oder Entfernung vom Amte, oder Beurlaubung eines Justizbeamten;
- 5) zur Entscheidung der Sachen wegen Verhängung von Disciplinarstrafen über Justizbeamte;
- 6) zur Beprüfung der von den Abtheilungen oder Departements des Gerichts entworfenen Instructionen für die innere Geschäftsordnung;

- 7) zur Durchsicht der jährlichen Rechenschaftsberichte über den Geschäftsgang der Gerichtsbehörde und zum Vortrage der von den untergebenen Gerichtsstellen eingegangenen Rechenschaftsberichte;
- 8) zur Beschlußfassung über die Anstellung eines Justizamts-Candidaten;
- 9) zur Entscheidung der nach der Straf- oder Civil-Proceßordnung ausdrücklich an die Plenarsitzung des Gerichts verwiesenen Sachen und Fragen;
- 10) in allen übrigen Fällen, sobald der Vorsitz der des Gerichts es wegen Wichtigkeit einer zur Entscheidung vorliegenden Frage für nöthig erachtet, die Plenarsitzung des Gerichts zusammen zu berufen.

Art. 26.

Die Oeffentlichkeit ist bei den allgemeinen Versammlungen (Plenarsitzungen) der Gerichte ausgeschlossen und nur in Disciplinarsachen auf ausdrückliche desfallige Bitte des Angeeschuldigten statthast.

Art. 27.

Die Gerichte entscheiden nach Stimmenmehrheit der anwesenden Glieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Art. 28.

Ueber jede Sitzung des Gerichts wird vom Secretair oder Obersecretair ein allgemeines Journal geführt, welches enthält:

- 1) Jahr, Monat, Tag und Stunde der Eröffnung der Sitzung;
- 2) wer von den Gliedern dabei anwesend gewesen;
- 3) die Sachen, welche in dieser Sitzung vorgetragen und entschieden worden; desgleichen
- 4) welche Sachen ausgesetzt sind, mit Bemerkung bis zu welcher Zeit und aus welchen Gründen.

Dieses Journal wird, nachdem dasselbe von den Gliedern durchgesehen worden, vom Vorsitzenden nicht später als bei der nächstfolgenden Gerichtssitzung unterschrieben und vom Secretair oder Obersecretair gegengezeichnet.

Art. 29.

Außer dem allgemeinen Journale werden in jeder Criminal- oder Civilsache besondere Protocolle nach den in den Proceßordnungen enthaltenen Regeln aufgenommen.

Art. 30.

Ueber die in den öffentlichen Gerichtssitzungen verhandelten Sachen sind auf Grundlage der darüber bestehenden besonderen Festsetzungen, Veröffentlichungen durch den Druck gestattet.



## **Zweite Abtheilung.**

### **Von den Geschäfts-Ordnungen der Gerichte.**

#### **Art. 31.**

Ausführliche Regeln für die innere Ordnung des Geschäftsverfahrens sowohl im Livländischen Hofgerichte selbst, als in den ihm untergeordneten Behörden schreibt, auf Grundlage der im Provinzialrechte Theil I, Art. 311 Punkt 3 dafür angeführten Geseze, das Livländische Hofgericht vor, und bringt dieselben durch öffentliche Bekanntmachungen zur Kenntniß der Rechtsuchenden.

#### **Art. 32.**

Jeder dem Livländischen Hofgerichte untergeordneten Behörde ist es unbenommen, für sich, — den Einzelrichter-Versammlungen aber auch für die Einzelrichter, — solche Regeln zu entwerfen und dem Hofgerichte zur Bestätigung zu unterlegen.

Ertheilt ihnen solche das Hofgericht, so bringt dasselbe sie in derselben Weise zur Kenntniß der Rechtsuchenden, wie die von ihm selbst vorgeschriebenen Regeln.

## **Dritte Abtheilung.**

### **Von den Rechenschaftsberichten.**

#### **Art. 33.**

Zu Anfange jeden Jahres werden dem Justizministerio Rechenschaftsberichte aller Gerichtsstellen und Staatsanwälte über den Fortgang der Sachen und über die im verfloffenen Jahre unter Gericht gestellten Personen eingesandt. Diese Rechenschaftsberichte sind in der vom Justizminister vorgeschriebenen Form und Frist zusammenzustellen.

#### **Art. 34.**

Die Rechenschaftsberichte werden in den Instanzgerichten und in dem Hofgerichte von den betreffenden Vorstehern gemeinschaftlich mit den Staatsanwälten dieser Gerichte zusammengestellt. —

Die Rechenschaftsberichte der Instanzgerichte sind in den Plenarsitzungen derselben durchzusehen und sodann dem Hofgerichte vorzustellen.

#### **Art. 35.**

Aus den in Gemäßheit des vorhergehenden Art. 34 an das Hofgericht eingesandten Berichten und aus seinem eigenen Rechenschaftsberichte hat das Hofgericht für seinen ganzen Jurisdiction-Bezirk einen allgemeinen Rechenschaftsbericht zusammenzustellen und denselben, nach geschehener Beprüfung in der hofgerichtlichen Plenarsitzung, dem Justizminister vorzustellen.

**Art. 36.**

Die Rechenschaftsberichte der bei den Instanzgerichten befindlichen Staatsanwälte und ihrer Gehilfen werden dem Staatsanwalt des Hofgerichts vorgelegt, welcher aus denselben und aus seinem eigenen Rechenschaftsberichte einen allgemeinen Rechenschaftsbericht zusammenstellt und diesen dem Justizminister übersendet.

**Art. 37.**

Jedes Gericht hat bei Vorstellung des Rechenschaftsberichts alle erforderlichen Erläuterungen, welche in den Bericht selbst nicht haben aufgenommen werden können, desgleichen eine Vergleichung mit dem Rechenschaftsberichte des vorhergehenden Jahres hinzuzufügen.

**Art. 38.**

Wenn aus dem Berichte eine erhebliche Abnahme oder Zunahme in der Zahl der Sachen der einen oder der anderen Art, oder aller Sachen überhaupt, sich ergibt, so sind in der Vorstellung so weit möglich die Gründe der Abnahme oder Zunahme, so wie die der Beschleunigung oder Verzögerung des Ganges der Sachen, hervorzuheben.

## **Vierte Abtheilung.**

### **Von den Ferien.**

**Art. 39.**

Die Vorstände und Vorstandsgehilfen, so wie die Glieder der Gerichtsbehörden, mit Ausnahme der Untersuchungsrichter, haben alljährlich drei Monate Ferien, doch darf jeder Einzelne nur anderthalb Monate dieselben benutzen, wenn nicht etwa die Glieder unter einander eine andere Vereinbarung treffen.

**Art. 40.**

Jedes Gericht hat vor Beginn der Ferien in seiner Plenarsitzung darüber Bestimmung zu treffen, wer von den Gliedern die Ferien benutzen kann.

Die zurückgebliebenen Glieder haben während der Ferien die laufenden Sachen zu betreiben, Erkenntnisse aber in den Gerichtsabtheilungen nur in dringlichen Fällen und zwar wo nöthig bei Ergänzung der Behörde nach Art. 12 zu ertheilen.

## **Zweites Hauptstück.**

### **Von dem Schriftwechsel der Gerichte und Justizbeamten.**

**Art. 41.**

Die Gerichte und Justizbeamten im gesammten Reiche verhandeln sowohl unter einander, wie auch mit den Behörden und Personen anderer Ressorts, unmittelbar, mit Ausnahme der in dem folgenden Art. 43 angegebenen Fälle.

Art. 42.

Der Justizminister verhandelt mit den Gerichten entweder durch die Vorſitzer der Gerichte, oder durch die Beamten der Staatsanwaltschaft.

Art. 43.

Die Beamten der Staatsanwaltschaft des einen Gerichts verhandeln mit anderen Gerichten durch Vermittelung der Staatsanwälte dieser letzteren.

Art. 44.

Der Schriftwechsel der Gerichte und Justizbeamten in den Ostsee-Gouvernements mit den Behörden und Autoritäten des Königreichs Polen und des Großfürstenthums Finnland wird in derselben Weise wie mit den Behörden und Autoritäten des Reichs geführt.

Der Schriftwechsel mit den Gerichten und anderen Behörden des Auslandes geschieht unmittelbar, im Falle der Erfolglosigkeit aber vermittelt des Justizministers durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Art. 45.

Das Hofgericht erteilt den ihm untergebenen Gerichten und Beamten Befehle und erhält von ihnen Unterlegungen; -- mit den ihm nicht untergebenen Behörden und Personen aber, so wie mit anderen Gerichtshöfen und mit fremden Ressorts, verhandelt es durch Mittheilungen.

Art. 46.

Die Instanzgerichte ertheilen den Untersuchungsrichtern und den Einzelrichtern Vorschriften und erhalten von ihnen Vorstellungen.

Unter einander und mit Behörden und Personen anderer Ressorts verhandeln die Instanzgerichte durch Mittheilungen; den Kirchspielsgerichten und den Gemeindegerechten ertheilen sie Befehle und empfangen von ihnen Unterlegungen.

Art. 47.

Die Untersuchungsrichter und die Einzelrichter verhandeln sowohl unter einander als mit Behörden und Personen anderer Ressorts, ausgenommen das Hofgericht und das Instanzgericht (Art. 45 und 46), durch Mittheilungen.

Art. 48.

Die Beamten der Staatsanwaltschaft richten an die Gerichte, bei welchen sie in Function stehen, Anträge, an die Polizei erlassen sie Requisitionen und erhalten von beiden Mittheilungen.

Art. 49.

Die Staatsanwälte ertheilen ihren Gehilfen, der Staatsanwalt des Hofgerichts aber außerdem allen Beamten der Staatsanwaltschaft bei den dem Hofgerichte untergebenen Instanzgerichten, Vorschriften und erhalten von ihnen Vorstellungen.

Die einander gleichgestellten Beamten der Staatsanwaltschaft, so wie die der verschiedenen Gouvernements, verhandeln unter einander durch Mittheilungen.

Art. 50.

Jede Gerichts- oder andere Behörde und Amtsperson hat die gesetzlichen Requisitionen einer anderen Behörde oder Amtsperson ohne Zeitverlust zu erfüllen, und hinsichtlich der Erfüllung die requirirende Behörde oder Amtsperson zu benachrichtigen.

Art. 51.

Behörden und Amtspersonen haben im Falle nicht rechtzeitig erfolgter Benachrichtigung über Erfüllung ihrer Requisition davon dem betreffenden Staatsanwalte Mittheilung zu machen.

## Drittes Hauptstück.

### Von der Anstellung, Verabschiedung und Beurlaubung der Justizbeamten.

#### Erste Abtheilung.

#### Von den Erfordernissen der Anstellung.

Art. 52.

Mit einem Justizamte können nur russische Unterthanen und Personen christlicher Confession betraut werden.

Art. 53.

Mit einem Justizamte können nicht betraut werden Personen, welche

- 1) wegen Verbrechen oder Vergehen in Untersuchung stehen oder vor Gericht gestellt sind, oder aber in Folge gerichtlichen Urtheils für gesetzwidrige Handlungen einer Gefängniß- oder einer schwereren Strafe unterzogen, oder auch für Verbrechen oder Vergehen, welche eben diese Strafen nach sich ziehen, vor Gericht gestellt und nicht gerechtfertigt worden sind;
- 2) in Folge gerichtlichen Urtheils aus dem Dienste, oder auf Beschluß der Adels- oder anderer Corporationen aus denselben ausgeschlossen worden;
- 3) wegen Verschwendung unter Curatel stehen; oder
- 4) wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen zur Wahrnehmung eines Justizamts unfähig sind.

Art. 54.

Als Vorfiger, Glieder, Secretaire, Secretairs-Gehilsen in den Instanzgerichten und in dem Hofgerichte, desgleichen als Justizamts-Candidaten, sind nur Personen anzustellen, welche juristische Studien auf einer Universität des Reichs mit Erfolg bestanden, außerdem aber auch ihre Kenntniß des provinziellen Livländischen, so wie des römischen und gemeinen Rechts, bei der Dorpater Juristen-Facultät in der Vollständigkeit, wie solche für das Gradual-Examen auf dieser Universität erfordert wird, nachgewiesen und darüber Universitäts-Zeugnisse erhalten haben.

Dieselbe Rechtskenntniß ist nachzuweisen zur Anstellung in den Aemtern der Staatsanwälte, deren Gehilfen, der Untersuchungsrichter und Stadt-Einzelrichter, desgleichen zur Anstellung als Advocat, öffentlicher Notar oder Vorsitzender des Handelsgerichts.

Art. 55.

Zu sämtlichen Justizämtern können Personen jeglichen steuerfreien Standes, ohne irgend welche ständische Bevorzugung, erwählt und angestellt werden, mit alleiniger Ausnahme:

- 1) der nur mit Personen aus dem Bauerstande zu besetzenden Aemtern der Gemeindegerichte und der Kirchspielsgerichts-Beisitzer;
- 2) der nur mit Personen des Handelsstandes zu besetzenden Aemtern der Beisitzer im Handelsgerichte.

Art. 56.

Zu dem Amte eines Präsidenten oder Vice-Präsidenten des Hofgerichts sind nur wählbar Glieder dieses Gerichts oder Vorsitzende der Instanzgerichte, welche diesen ihren Aemtern wenigstens drei Jahre hindurch vorgestanden haben.

Gleichergestalt können zu Gliedern des Hofgerichts und Vorsitzenden der Instanzgerichte nur diejenigen gewählt werden, welche bereits drei Jahre lang Glieder eines Instanzgerichts gewesen sind.

Art. 57.

Die Glieder bei den Instanzgerichten sind aus der Zahl der bei denselben oder bei dem Hofgerichte als Secretaire, Secretairs-Gehilfen, Justizamts-Candidaten, oder auch aus den als Advocaten, öffentliche Notare, Stadt-Einzelrichter oder Vorsitzenden des Handelsgerichts, zuvor drei Jahre hindurch im Justizfache beschäftigt gewesen Personen zu wählen.

Zu solcher Wahl genügt auch ein vorausgegangener dreijähriger Dienst als Kirchspielsrichter oder dessen Substitut, sobald diese Beamten Universitätszeugnisse über ein von ihnen bestandenes juristisches Gradual-Examen besitzen.

Art. 58.

Alle bei Erlass dieses Behörden-Verfassungsgesetzes im Justizfache dienenden und durch ihre auf Universitäten erlangten Rechtskenntnisse sich dazu eignenden Personen sind, auch ohne ein von ihnen bestandenes Gradual-Examen, zu den in den vorhergehenden Artikeln 56 und 57 genannten Aemtern zulässig.

Art. 59.

Zu dem Amte eines Kirchspielsrichters oder dessen Substituten ist weder der Nachweis juristischer Universitätsstudien, noch auch der Besitz unbeweglichen Vermögens, sondern nur erforderlich, daß der Gewählte seinen Wohnsitz in dem betreffenden Jurisdictions-Bezirk nehme.

## **Zweite Abtheilung.**

### **Von der Anstellung.**

#### **Art. 60.**

Die Anstellung des Personals in den bürgerlichen Gemeindegerechten und in den Kirchspielsgerichten, für welche leztern sich die Jurisdictionen-Bezirke in der Beilage A. angezeigt finden, erfolgt nach den desfalligen Bestimmungen der Livländischen Bauerverordnung von 1860, mit der hinsichtlich des Kirchspielsrichters in dem hier nachfolgenden Art. 61 enthaltenen, in Betreff der Gemeindegerechts-Vorfiger und Glieder aber, so wie in Betreff der Gemeindegerechtschreiber in so fern eintretenden Abänderung, als deren Bestätigung im Amte hinfünftig nicht mehr von der Gutsverwaltung, oder von deren Einwilligung abhängig, sondern von dem vorgelegten Kirchspielsgerichte zu ertheilen ist.

#### **Art. 61.**

Als Einzelrichter auf dem Lande haben die örtlichen Kirchspielsrichter und stellvertretend ihre Substituten zu fungiren, deren Wahl, mit nachfolgender Bestätigung durch das Hofgericht, nach der in der Livländischen Bauerverordnung von 1860 vorgeschriebenen Ordnung bewerkstelligt wird, mit der Abänderung, daß die im § 652 l. c. angezeigten Wähler durch Stimmenmehrheit zwei Candidaten ermitteln und selbige den versammelten Gemeindegerechts-Vorfigern des betreffenden Kirchspielsgerichts-Bezirktes zu der von ihnen unter Leitung eines von ihnen aus ihrer Mitte zu ernennenden Wahl-dirigenten vorzunehmenden Wahl des Kirchspielsrichters oder dessen Substituten vorschlagen.

Die Wahl der Stadt-Einzelrichter und ihrer Substituten geschieht von dem Magistrate und der Bürgerschaft der betreffenden Stadt in der Weise, daß der Magistrat für jedes zu besetzende Amt zwei von ihm in vollzähliger Gerichtssitzung durch Stimmenmehrheit ermittelte Candidaten vorschlägt und die Bürgerschaft von diesen beiden Candidaten den einen zu dem bezüglichen Amte erwählt, worauf der Erwählte dem Hofgerichte zur Bestätigung von dem Magistrate unter Beifügung der Wahlacten vorgestellt wird, und nach erfolgter Bestätigung vor dem Instanzgerichte des bezüglichen Kreises den Dienstseid zu leisten hat.

#### **Art. 62.**

Die Wahl und Anstellung der Vorfiger und Glieder des Hofgerichts und der Instanzgerichte, so wie des Stadt-Einzelrichters, gilt auf Lebenszeit.

#### **Art. 63.**

Sämmtliche Richterstühle im Hofgerichte und in den Instanzgerichten werden durch Wahl der Ritterschaft und durch die der Städte besetzt. (Art. 210, 211 und 217.)



Art. 64.

Für jedes im Hofgerichte oder in den Instanzgerichten zu besetzende Amt eines Vorfigers oder Gerichtsgliedes sind zwei Candidaten durch den Generalgouverneur der Ostsee-Gouvernements dem Justizminister und von diesem Sr. Kaiserlichen Majestät zur Bestätigung vorzustellen.

Bei eintretender Vacanz eines solchen Amtes hat das betreffende Gericht davon das Livländische Landrathscollégium, oder beziehungsweise die wahlberechtigte Stadt oder den Vorort der wahlberechtigten Städte, zur Veranstaltung einer Neuwahl in Kenntniß zu setzen.

Art. 65.

Die Kanzellisten, Ministeriale und Gerichtsdienner werden von den Vorstehern der betreffenden Gerichte, die übrigen Beamten der Kanzelleien aber von dem Gerichte angestellt und entlassen.

Art. 66.

Jeder, welcher zum ersten Male mit einem Amte betraut wird, hat den vorschriftmäßigen Dienstseid bei dem Gerichte seiner Anstellung zu leisten.

Die zu einem Justizamte ernannten Personen haben im Laufe eines Monats, gerechnet von dem Tage der ihnen über ihre Anstellung gewordenen Eröffnung, sich zum Antritt ihres Amtes bei der betreffenden Behörde einzustellen.

Art. 67.

Justizamts-Candidaten können vom Justizminister bei jedem Staatsanwalte auf Vorstellung desselben, von dem Hofgerichte aber nach seinem Ermessen sowohl bei dessen eigener wie bei jeder ihm untergebenen Gerichtsbehörde angestellt werden.

Art. 68.

Die Justizamts-Candidaten werden als im Staatsdienste stehend gerechnet, genießen jedoch keinen etatmäßigen Gehalt.

Den Sitzungen des Gerichts, bei welchen sie angestellt worden, sind sie verpflichtet täglich beizuwohnen, falls nicht Aufträge des Gerichts oder dessen Vorfigers sie anderweitig beschäftigen.

Art. 69.

Die Staatsanwälte bei dem Hofgerichte und bei den Instanzgerichten, so wie deren Gehilfen, werden nach Vorschrift des Art. 235 angestellt.

Den Schriftführer und die Kanzellisten eines jeden Staatsanwalts stellt dieser letztere selbst an und ist der Schriftführer, falls derselbe zum ersten Male mit einem Amte betraut wird, von demjenigen Gerichte, bei welchem sich der Staatsanwalt im Dienste befindet, zu beeidigen.

### **Dritte Abtheilung.**

#### **Von der Verabschiedung.**

##### **Art. 70.**

Die Verabschiedung und Entlassung der Justizbeamten erfolgt durch die Autorität, von welcher sie im Amte bestätigt oder angestellt worden sind.

##### **Art. 71.**

Wer zu einem Amte ernannt, sich zu dessen Antritt ohne besonders erhebliche Gründe nicht in der im Art. 66 vorgeschriebenen Frist einstellt, wird als die Annahme des Amtes ablehnend angesehen und von demselben entlassen, sobald das Gericht, zu welchem er ernannt worden, in seiner Plenarsitzung die Gründe der Nichteinstellung beprüft und sie für unzureichend erkennt.

##### **Art. 72.**

Wenn ein Justizbeamter im Laufe eines Jahres vom Beginn einer ihm zugestoßenen schweren Krankheit, welche ihm die Einstellung zum Dienste völlig unmöglich macht, nicht um seine Entlassung bittet, oder wenn er durch körperliches oder geistiges Gebrechen an der Fortsetzung seines Dienstes dauernd verhindernd ist, so hat der Vorsitzer des Gerichts, hinsichtlich eines Beamten der Staatsanwaltschaft aber der Staatsanwalt des Hofgerichts oder der Justizminister, ihn an seine Pflicht zu erinnern den Dienst aufzugeben, und wenn der Justizbeamte innerhalb der nächstfolgenden zwei Wochen sein Entlassungsgesuch nicht einreicht, so kann er in solchem Falle ohne Gesuch des Dienstes entlassen werden.

An Einzelrichter wird in diesem Falle die Erinnerung von dem Vorsitzer des betreffenden Instanzgerichts erlassen.

##### **Art. 73.**

Die Vorstellung wegen Dienstentlassung eines Justizbeamten auf Grundlage des vorhergehenden Art. 72 kann nur auf Verfügung der Plenarversammlung des Gerichts, zu welchem der Justizbeamte gehört, erfolgen. Diese Verfügung wird getroffen, nachdem zuvor eine Erklärung des Justizbeamten eingezogen worden.

Anmerkung. Ueber Suspendirung und Entsetzung vom Amte, siehe Art. 85.

##### **Art. 74.**

Beschwerden über die von den Instanzgerichten und von dem Hofgerichte auf Grundlage der Art. 71 und 72 getroffenen Verfügungen können in zweiwöchentlicher Frist von Eröffnung derselben erhoben werden und sind in der Plenarversammlung des vorgesetzten Gerichts zu entscheiden.

## **Vierte Abtheilung.**

### **Von der Beurlaubung.**

#### **Art. 75.**

Beurlaubungen der Justizbeamten, außerhalb der Ferien, auf nicht länger als vier Monate, werden ertheilt:

- 1) den Vorsitzern, den Vorsitzer-Gehilfen und den Gliedern der Gerichte, von der Plenarversammlung des Gerichts, zu welchem sie gehören;
- 2) den Kirchspielsrichtern, Stadt-Einzelrichtern, Advocaten und öffentlichen Notaren, von dem Instanzgerichte des bezüglichen Kreises;
- 3) den Gehilfen der Staatsanwälte von diesen; den Instanzgerichts-Anwälten von dem Staatsanwälte des Hofgerichts und diesem letztern von dem Justizminister;
- 4) den Kanzlei- und übrigen Justizbeamten von den Vorsitzern der Gerichte, bei welchen sie angestellt sind.

#### **Art. 76.**

Ein Urlaub außerhalb der Ferien auf länger als einen Monat, mit Beibehaltung des Gehalts, und überhaupt auf länger als vier Monate, wird nicht anders als nur durch Allerhöchste Bewilligung ertheilt.

#### **Art. 77.**

Bei Ertheilung des Urlaubs ist darauf zu sehen 1) daß eine und dieselbe Person im Laufe eines Jahres nur einmal einen Urlaub bis zu einem Monat und im Laufe von zwei Jahren nur einmal einen Urlaub auf länger als einen Monat erhalte, von welcher Regel nur im Falle äußerster Nothwendigkeit eine Ausnahme gestattet ist; 2) daß durch die Beurlaubungen kein Mangel an der erforderlichen Zahl der Gerichtsglieder und der Geschäftsführer entstehe.

## **Viertes Hauptstück.**

### **Von den Rechten und Vorzügen der Justizbeamten.**

#### **Art. 78.**

Die Justizbeamten genießen die Rechte und Vorzüge, welche allen im Staatsdienste befindlichen Personen zustehen, mit Beobachtung folgender besonderen Bestimmungen.

#### **Art. 79.**

Personen, welche den in diesem Gerichtsverfassungsgesetz Art. 52—59 vorgeschriebenen Erfordernissen entsprechen, können unabhängig von ihrem Classenrange zu Justizämtern angestellt werden.

Art. 80.

Die Etats der Gehalte der Justizbeamten, so wie ihre Amts-, Pensions- und Uniforms-  
Classen, sind in der Beilage B. angegeben.

Außerdem beziehen die Kanzelleien der Justizbehörden, desgleichen die landischen und  
städtischen Einzelrichter, für die Acte ihrer Berufsthätigkeit Kanzelleigebühren nach einer beson-  
deren desfalls festgesetzten Taxe.

Art. 81.

Die Vorfiger und Glieder des Hofgerichts und der Instanzgerichte, so wie die Kirch-  
spielsrichter als solche und als Einzelrichter, desgleichen die Stadt-Einzelrichter, genießen nach  
der Abstufung ihrer Aemter für die ganze Zeit ihres Dienstes alle Rechte und Vorzüge des  
ihrem Amte zugewiesenen Classenranges.

Art. 82.

Wenn die im vorhergehenden Art. 81 bezeichneten Personen ihr Richteramt aufgeben,  
so genießen sie nicht weiter die mit diesem Amte laut Art. 81 verbundenen Rechte und Vorzüge.

Vorsitzer der Gerichte jedoch, welche aus ihrem Amte unmittelbar in das eines Ge-  
richtsgliedes oder eines Kirchspielsrichters oder Stadt-Einzelrichters übergehen, behalten auch  
in diesen ihren neuen Aemtern die Rechte und Vorzüge, welche ihnen kraft ihres Vorsitzer-  
Amtes zustanden.

Art. 83.

Personen, welche das Amt eines Vorsitzers, Vorsitzer-Gehilfen oder Gliedes der Ge-  
richte, oder eines Kirchspielsrichters oder Stadt-Einzelrichters innegehabt haben, verlieren nach  
ihrem Austritt aus diesen Aemtern nicht das Recht auf Beförderung zu allen den Rangclassen,  
welche ihnen gemäß der Berechnung der Zeit ihres Dienstes in den erwähnten Aemtern nach  
der allgemeinen Ordnung der Rangbeförderung gebühren können, jedoch sind sie nicht zu  
höherem Classenrange als dem ihren innegehabten Aemtern entsprechenden zu befördern.

Art. 84.

Die den Justizbeamten in Grundlage des Art. 81 zustehenden Rechte und Vorzüge  
gebühren nicht nur ihrer Person, sondern auch ihren Familien, und können diejenigen ihrer  
Kinder, welche auf Grund dessen in den Staatsdienst oder in Lehranstalten eingetreten sind,  
auch nach dem Austritt ihrer Väter aus dem Justizamte, im Staatsdienst oder in den Lehr-  
anstalten verbleiben.

Art. 85.

Die Vorsitzer, Vorsitzer-Gehilfen und Glieder der Gerichte, so wie die Kirchspielsrichter  
und Stadt-Einzelrichter, können, außer den in den Art. 71—73 und 138—139 erwähnten  
Fällen, ohne ihr Ansuchen weder vom Amte entlassen, noch auch ohne ihre Zustimmung auf  
ein anderes Amt versetzt werden.

Ihre zeitweilige Suspendirung vom Amte ist nur im Falle einer Gerichtsübergabe zulässig; einer gänzlichen Entfernung oder einer Entsetzung vom Amte jedoch werden sie nicht anders unterworfen, als nur durch Urtheil des Criminalgerichts.

Art. 86.

Richter, Beamte der Staatsanwaltschaft und Kanzlei-Beamte, erhalten bei ihren amtlichen Fahrten nach den allgemeinen Regeln gemäß dem Classenrange ihres Amtes Fahr-  
gelder für die Hin- und Rückfahrt, so wie Diäten und Quartiergelder.

Art. 87.

Justizbeamte, welche ihren Abschied aus dem Dienste nehmen, desgleichen nach ihrem Ableben ihre Familien, erhalten Pensionen aus der Emeritalcasse des Justizressorts, auf Grundlage eines besonderen desfalligen Reglements, unabhängig von der Pension, welche ihnen aus dem Reichsschatze auf Grundlage des allgemeinen Pensions-Reglements nach der Classe des Amtes gebührt.

Art. 88.

Vorsitzerr, Vorsitzer-Gehilfen, Glieder der Gerichte, Kirchspielsrichter und Stadt-Einzelrichter, erhalten Belohnungen ausschließlich nur nach persönlichem Ermessen Seiner Kaiserlichen Majestät.

## Fünftes Hauptstück.

### Von der Beaufsichtigung der Gerichte und der Justizbeamten.

Art. 89.

Die Beaufsichtigung der Gerichte und der Justizbeamten, mit Ausnahme der Beamten der Staatsanwaltschaft, steht den ihnen übergeordneten Gerichten zu, namentlich:

- 1) dem Cassationshofe des dirigirenden Senats über alle Gerichte und Justizbeamte der Ostsee-Gouvernements;
- 2) dem Hofgerichte über alle Gerichte und Justizbeamte im Livländischen Gouvernement, mit Ausnahme der Stadt Riga, welche ihre besondere Justizverfassung hat;
- 3) den Instanzgerichten über alle bei ihnen angestellte Justizbeamte, so wie über die Kirchspielsgerichte, Kirchspielsrichter, Stadt-Einzelrichter, Gemeindeggerichte, öffentlichen Notare und Advocaten in dem betreffenden Kreise;
- 4) den Kirchspielsgerichten über die Gemeindeggerichte ihres Jurisdictions-Bezirks.

Art. 90.

Wenn das Gericht eine unrechtfertige Handlung, oder irgend eine Unordnung oder einen Mißbrauch eines ihm untergebenen Gerichts oder Justizbeamten entdeckt, so hat es Maßregeln zur Wiederherstellung der verletzten Ordnung zu ergreifen und wenn es die Schul-

digen zur Verantwortung zu ziehen für nothwendig erachtet, so hat es zugleich eine Disciplinarbehandlung gemäß den Vorschriften in den Art. 107—139 zu veranlassen.

Art. 91.

In jedem Gerichte hat die Aufsicht über den schnellen und ordnungsmäßigen Geschäftsgang und über die genaue Pflichterfüllung der Beamten zunächst der Vorsitzende, welcher, wenn er irgend welche Ordnungswidrigkeiten bemerkt, dieselben entweder durch seine eigenen Verfügungen beseitigt, oder aber Maßregeln ergreift, die Schuldigen im Wege des Disciplinarverfahrens zur Verantwortung zu ziehen.

Art. 92.

Weder die Gerichte, noch die Vorsitzenden in denselben sind befugt, die Handlungen der Beamten der Staatsanwaltschaft zu rügen, sondern haben sie über deren unrechtfertiges oder gesetzwidriges Verfahren den nach der Hingehörigkeit vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft Mittheilungen zu machen, oder solches zur Kenntniß des Justizministers zu bringen.

Art. 93.

Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben die Aufrechterhaltung der Gesetze zu überwachen und demgemäß über alle von ihnen wahrgenommenen Vernachlässigungen der Gerichte und Justizbeamten, je nach der Wichtigkeit des Falles, entweder den Vorsitzern der Gerichte Mittheilung zu machen, oder nach der Dienstunterordnung dem Staatsanwalt des Hofgerichts zu berichten, welcher seinerseits darüber dem Justizminister vorstellt.

Art. 94.

In der Person des Justizministers, als General-Staatsanwalt, vereinigt sich innerhalb der durch dieses Gerichtsverfassungs-Gesetz gezogenen Grenzen die allgemeine Aufsicht über die Gerichte und Justizbeamten.

Art. 95.

Wenn der Justizminister in irgend einer Justizbehörde eine Anhäufung oder einen Verschlepp, oder einen Stillstand in dem Fortgang der Sachen wahrnimmt, so fordert er den Vorsitzenden der Gerichtsbehörde auf, Maßregeln zur Abstellung dessen zu ergreifen und über die Ursachen eine Erklärung vorzustellen.

Art. 96.

Der Justizminister kann persönlich oder durch seinen Gehilfen eine Revision der Gerichte bewerkstelligen, die Instanzgerichte aber und die Kirchspielsgerichte, so wie die Einzelrichter-Institute, durch Glieder des Hofgerichts revidiren lassen.



Art. 97.

Wenn der Cassationshof des Senats eine Revision der Gerichte durch seine Senateure für nöthig erachtet, so wird der desfallige Beschluß seiner allgemeinen Versammlung durch den Justizminister zum Ermessen Seiner Kaiserlichen Majestät vorgestellt.

Art. 98.

Falls der Justizminister die Ueberzeugung gewonnen, daß die Anhäufung oder die Verzögerung des Fortganges der Sachen durch das Verschulden des Gerichtes selbst veranlaßt worden, so hat er darüber ein Disciplinarverfahren gemäß den in den Art. 113—139 angezeigten Regeln anzuordnen.

Art. 99.

Der Justizminister kann durch specielle oder durch Circulair-Vorschriften den bei den Gerichten befindlichen Staatsanwälten die Ergreifung gesetzlicher Maßregeln zur Beseitigung von Unordnungen in der innern Einrichtung und im Geschäftsgange der Gerichte auftragen.

Art. 100.

Die Kanzelleien der Gerichtsbehörden stehen unter der unmittelbaren Aufsicht der Gerichtsvorsteher. Die nähere Aufsicht über den Geschäftsgang in den Kanzelleien und über die Kanzelleibeamten steht den Secretairen und je nach der Hingehörigkeit den Obersecretairen zu.

## Sechstes Hauptstück.

### Von der Verantwortlichkeit der Justizbeamten.

Art. 101.

Justizbeamte werden der Verantwortung unterzogen 1) im Wege des Disciplinarverfahrens, oder 2) im Wege des förmlichen Strafgerichts.

Die Regeln bei Disciplinarbehandlungen und die Ordnung ihrer Verhängung sind in den nachfolgenden Art. 113—139 angezeigt. Die Ordnung des Strafgerichts über Justizbeamte ist in der Strafproceß-Ordnung festgestellt.

Art 102.

Für ein und dasselbe Vergehen kann ein Justizbeamter nur entweder im Wege des Disciplinarverfahrens oder aber in dem des Strafverfahrens in Anspruch genommen werden, und behält es bei der im Disciplinar- oder Strafverfahren einmal getroffenen Entscheidung sein Bewenden.

Art. 103.

Hat ein Justizbeamter außer einem Vergehen, welches dem Disciplinarverfahren unterliegt, auch noch ein dem Strafgerichte unterliegendes Vergehen oder Verbrechen begangen, so

wird von dem Strafgerichte über sämtliche dem Angeschuldigten zur Last fallende strafbare Handlungen zugleich verhandelt und abgeurtheilt. (Art. 135).

Art. 104.

Ein bereits eingeleitetes Disciplinarverfahren wird eingestellt und der Justizbeamte dem Strafverfahren überwiesen:

- 1) wenn sich ergibt, daß der Beamte wegen derselben Handlung, derentwegen er dem Disciplinarverfahren unterzogen worden, zugleich auch einer Criminalstrafe unterliegt;
- 2) wenn im Laufe des Disciplinarverfahrens neue Thatfachen sich herausstellen, welche ein Strafverfahren erfordern.

### **Erste Abtheilung.**

#### **Von den Disciplinarbehandlungen.**

Art. 105.

Die Behandlungen, denen die Justizbeamten, ohne Uebergabe an das Strafgericht, im Wege des Disciplinarverfahrens unterzogen werden können, sind:

- 1) Verwarnungen;
- 2) Bemerkungen;
- 3) Verweis, ohne Eintragung in die Dienstliste;
- 4) Gehaltsabzüge auf Grundlage der Art. 458—460 des Strafgesetzbuchs;
- 5) Arrest auf höchstens 7 Tage.

Art. 106.

Den im Art. 105 genannten Behandlungen unterliegen Justizbeamte:

- 1) für solche Dienstvernachlässigungen, für welche im Strafgesetzbuch dieselben Behandlungen oder Abrechnung von der Dienstzeit angedroht sind;
- 2) in allen Fällen, welche in diesem Gerichtsverfassungsgesetz, oder in den Civil- und Straf-Proceßordnungen, mit Disciplinarbehandlungen bedroht sind.

Art. 107.

Die Vorsitzer, Vorsitzer-Gehilfen und Glieder des Hofgerichts, der Instanzgerichte und des Handelsgerichts, desgleichen die Kirchspielsrichter und die Stadt-Einzelrichter, unterliegen im Wege der Disciplinarverantwortlichkeit nur einer Verwarnung, und zwar nicht anders als nach Durchsicht der Sache von dem zuständigen Gerichte auf Grundlage der in den Art. 113—139 festgesetzten Regeln.

Art. 108.

Das Recht, einer ganzen Gerichtsbehörde oder einem ganzen Sitzungspersonale derselben eine Verwarnung oder Bemerkung zu ertheilen, steht ausschließlich dem Cassationshofe zu.

Art. 109.

Der Staatsanwalt des Hofgerichts und dessen Gehilfe unterliegen Disciplinarbeahndungen nur nach unmittelbarem Ermessen des Justizministers und zwar nicht anders, als nach zuvor eingeholter Erklärung dieser Beamten. Auch können dieselben, so wie die Staatsanwälte der Instanzgerichte, nur einer Verwarnung, Bemerkung, oder einem Verweise ohne Eintragung in die Dienstliste unterzogen werden.

Art. 110.

Die Kanzelleibeamten des Hofgerichts, der Instanzgerichte, der Kirchspielsgerichte und der Einzelrichter-Versammlungen, so wie die des Handelsgerichts und der Consistorien, desgleichen die Justizamts-Candidaten, werden nach dem Ermessen der Vorländer der genannten Behörden mit den leichteren Disciplinarbeahndungen (Art. 105, Nr. 1. 2. 3.) belegt.

Die öffentlichen Notare und Advocaten unterliegen in dieser Beziehung dem Ermessen des Vorländers desjenigen Instanzgerichts, in dessen Jurisdictionskreise sie angestellt sind und bei von ihnen in den Behörden der Instanzgerichte oder des Hofgerichts begangenen Disciplinarvergehungen dem Ermessen der Vorländer dieser Gerichte.

Art. 111.

Abzüge vom Gehalt und Disciplinararrest (Art. 105, Nr. 4. 5.) können über einen Justizbeamten nur nach Beprüfung der Sache von dem zuständigen Gerichte im Wege des Disciplinarverfahrens (Art. 113—139), über Ministeriale und Diener der Gerichte aber unmittelbar nach dem Ermessen der Vorländer dieser letzteren verhängt werden.

Den Advocaten kann außerdem nach dem Ermessen des Gerichts im Disciplinarwege die Praxis bis auf die Dauer eines Jahres, den Justizamts-Candidaten aber die Anstellung als solche gänzlich entzogen werden.

Art. 112.

Verwarnungen, Bemerkungen und Verweise können entweder mündlich oder schriftlich ertheilt werden.

## **Zweite Abtheilung.**

### **Vom Disciplinarverfahren.**

Art. 113.

Disciplinarfachen unterliegen:

- 1) dem Cassationshofe beim Dirigirenden Senat — hinsichtlich des Präsidenten, Vicepräsidenten und der Glieder des Hofgerichts, so wie hinsichtlich des bei diesem Gerichtshofe befindlichen Staatsanwaltes und dessen Gehilfen;

- 2) dem Hofgerichte — hinsichtlich der Vorſitzer, Vorſitzer-Gehilfen und Glieder der Inſtanzgerichte, ſo wie hinsichtlich der bei denſelben befindlichen Staatsanwälte und deren Gehilfen, bezugleich hinsichtlich der Vorſitzer und Glieder des Bernauſchen Handelsgerichts;
- 3) den Inſtanzgerichten in ihren bezüglichlichen Jurisdictionskreiſen — über die Vorſitzer und Glieder der Kirchſpielsgerichte, die Kirchſpielsrichter als Einzelrichter, die Stadt-Einzelrichter, die Kirchſpielsgerichts-Notare, Advocaten und öffentlichen Notare;
- 4) den Kirchſpielsgerichten — über die Vorſitzer und Glieder der Gemeindeggerichte ihres Jurisdictions-Bezirks;
- 5) einem jeden Gerichte ſelbſt — über die bei demſelben oder bei dem Staatsanwalt des betreffenden Gerichts angeſtellten Kanzlei-Beamten und Juſtizamts-Candidaten.

Art. 114.

Betrifft eine Diſciplinariſache zwei oder mehrere Beamte, die vor verſchiedene Gerichte gehören, ſo wird die Sache vor dem höchſten der zuſtändigen Gerichte verhandelt und entſchieden.

Art. 115.

Das Diſciplinarverfahren wird herbeigeführt gegen Richter, einschließlich die Unterſuchungsrichter, entweder durch Verfügung der Gerichte ſelbſt und zwar gegen Einzelrichter, Kirchſpielsrichter, Advocaten und öffentliche Notare durch Verfügung des bezüglichlichen Inſtanzgerichts, oder auch durch Antrag des Juſtizministers; gegen alle übrigen Juſtizbeamten entweder durch Verfügung der Vorſitzer, oder durch Antrag der Beamten der Staatsanwaltschaft.

Art. 116.

Ein Diſciplinarverfahren kann nach Ablauf eines Jahres, gerechnet von Begehung der einem Diſciplinarverfahren unterliegenden Handlung oder Unterlaſſung, nicht mehr begonnen werden.

Art. 117.

Der Vorſitzer deſſenigen Gerichts, welches nach Art. 113 für die Diſciplinariſache zuſtändig iſt, hat die Gründe zur Anſtellung des Diſciplinarverfahrens neſt allen dazu gehörigen Schriften und Auskünften in beratender Sitzung des Gerichts zur vorhergehenden Beprüfung mitzutheilen.

Art. 118.

Ein Diſciplinarverfahren, welches auf Klage einer Privatperſon begonnen worden, kann nicht eingeleitet werden, wenn auch der Kläger darum bittet ſeiner Klage keinen weiteren Verfolg zu geben.

Art. 119.

Bei der vorläufigen Beprüfung ſammelt das Gericht alle zur Sache unumgänglichen Nachrichten und fordert von dem angeſchuldigten Beamten eine Erklärung ein, welche derſelbe mündlich oder ſchriftlich geben kann.

Art. 120.

Nach gehöriger Aufklärung der Sache wird dieselbe zur Durchsicht und Entscheidung der allgemeinen Versammlung der Departements oder Abtheilungen des Gerichts übergeben.

Art. 121.

Ueber den Tag der Durchsicht der Sache in der allgemeinen Versammlung des Gerichts wird der Angeschuldigte benachrichtigt und hat derselbe das Recht, zu diesem Termine im Gerichte zu erscheinen und mündliche Erklärungen abzugeben.

Art. 122.

Das Gericht kann, wenn es solches für erforderlich erachtet, den Angeschuldigten zu dem angesetzten Termine durch schriftliche Citation vorladen. Bleibt der Vorgeladene ohne erhebliche Gründe im Termine aus, so wird dadurch die Durchsicht der Sache nicht aufgehalten.

Art. 123.

In Disciplinarsachen ist die Ablehnung der Richter auf allgemeiner Grundlage gestattet.

Art. 124.

Die Verhandlungen in Disciplinarsachen finden in geheimer Sitzung statt, es sei denn, daß der Angeschuldigte um Vortrag seiner Sache in öffentlicher Sitzung bittet. In diesem Falle ist der Angeschuldigte berechtigt, sich durch einen Advocaten vertheidigen zu lassen.

Art. 125.

Bei Durchsicht der Disciplinarsachen ist das Gericht an keine besonderen Formen, außer den in den vorhergehenden Artikeln 117—124 angegebenen, gebunden und hängen die Maßregeln zur Aufhellung der Sache ausschließlich von dem Ermessen des Gerichts ab; vor Fällung des Erkenntnisses jedoch hat das Gericht die schließliche Erklärung des Angeschuldigten oder seines Vertheidigers zu hören.

Art. 126.

Wenn bei dem Disciplinarverfahren irgend eine andere Pflichtverletzung oder Versäumniß des Angeschuldigten sich herausstellt, so hat das Gericht je nach den Umständen entweder beide Sachen zusammen zu entscheiden, oder aber der neuen Sache ihren besonderen Gang in der durch die Art. 115 und 117 oben angezeigten Ordnung zu geben.

Art. 127.

Die Entscheidung des Gerichts wird dem Angeschuldigten, wenn er persönlich anwesend ist, sofort eröffnet. Zur Anhörung einer in Abwesenheit des Angeschuldigten gefällten Entscheidung wird derselbe vorgeladen und wenn er sich im Dienste bei einem Gerichte einer anderen Stadt befindet, so ist ihm die Entscheidung in allgemeiner Versammlung dieses letztern Gerichts bei geschlossenen Thüren zu eröffnen.

Art. 128.

Entscheidungen, laut welcher einem Einzelrichter oder einem Untersuchungsrichter eine Verwarnung zu ertheilen festgesetzt worden, können denselben, nach Ermessen des Gerichts, auch an ihrem Wohnorte eröffnet werden.

Art. 129.

Im Disciplinarverfahren ist das Rechtsmittel der Berufung nicht gestattet.

Wider im Disciplinarwege gefällte Entscheidungen der Instanzgerichte, desgleichen wider die von dem Hofgerichte in erster Instanz gefällten Entscheidungen, hat der Angeeschuldigte das Recht der Beschwerde innerhalb einer Frist von sieben Tagen, gerechnet von der Zeit der Eröffnung der Entscheidung.

Art. 130.

In den von den Instanzgerichten und von dem Hofgerichte in erster Instanz im Disciplinarwege entschiedenen Sachen sind Proteste der Staatsanwälte in siebentägiger Frist von Zeit der Fällung der Entscheidungen zulässig.

Art. 131.

Beschwerden und Proteste sind bei dem Vorsitzer des Gerichts, welches die Sache entschieden hat, anzubringen und werden zugleich mit allen darauf bezüglichen Acten dem Obergerichte zur Entscheidung in der allgemeinen Versammlung seiner Departements übersandt. Wider die Entscheidung dieses Gerichts sind Beschwerden und Proteste nicht gestattet.

Art. 132.

Bei Durchsicht der Sachen auf Grund von Beschwerden und Protesten werden die in den Art. 121—128 oben festgesetzten Regeln beobachtet.

Art. 133.

Ueber jede von dem Gericht gefällte allendliche Entscheidung im Disciplinarverfahren wird dem Justizminister zur Kenntnissnahme Mittheilung gemacht.

Art. 134.

Cassationsgesuche wider die im Disciplinarverfahren ergangenen allendlichen Entscheidungen des Hofgerichts sind, im Laufe einer Frist von sieben Tagen von Zeit der Eröffnung der Entscheidung, nur in folgenden Fällen gestattet:

- 1) wenn die Entscheidung nicht von dem zuständigen, oder von einem nicht vollzählig besetzten Gerichte gefällt ist;
- 2) wenn die Entscheidung ohne Einforderung einer Erklärung des Angeeschuldigten ergangen ist;
- 3) wenn das Gericht auf eine höhere Strafe erkannt hat, als ihm zustand, und
- 4) wenn auf die Sache ein Gesetz in einem demselben geradezu widersprechenden Sinne angewandt worden.



Art. 135.

Wenn bei Durchsicht der Sache im Disciplinarverfahren sich solche Umstände herausstellen, derentwegen der Schuldige dem Strafgerichte unterliegt (Art. 103), so wird das Disciplinarverfahren eingestellt und der Schuldige dem Strafgerichte nach den Regeln der Strafproceß-Ordnung übergeben.

Art. 136.

Wenn ein Richter innerhalb eines Jahres dreimal einer Verwarnung unterzogen worden und im Laufe desselben Jahres, gerechnet von der ersten Verwarnung, auf's Neue in eine derselben Beahndung unterliegende Verschuldung verfällt, so ist dem Cassationshofe darüber zu unterlegen, ob derselbe nicht für nöthig finde, den Schuldigen dem Strafgerichte zu übergeben. Ueber bürgerliche Richter erkennt in diesem Falle das Hofgericht.

Art. 137.

Alle übrigen Justizbeamten, wenn sie im Laufe eines Jahres (Art. 136) dreimal einer Disciplinarbeahndung unterworfen gewesen, die strenger als Verwarnung und Bemerkung war, werden für ein neues Disciplinarvergehen nach dem Ermessen des vorgesetzten Gerichts dem Strafgerichte überwiesen, welches bei Festsetzung der Beahndung nach Art. 455 des Strafgesetzbuchs zu verfahren hat.

Art. 138.

Wenn ein Richter für Verbrechen oder Vergehen, die nicht den Dienst betreffen, durch strafgerichtliches Verfahren irgend einer Beahndung oder Strafe unterworfen wird, so ist, auch wenn die Beahndung oder Strafe nicht mit dem Verlust des Rechtes auf den Dienst verbunden war, dieser Umstand dem Cassationshofe zur Erwägung zu unterlegen, welcher, nachdem er eine Erklärung von dem in Rede stehenden Richter eingefordert, je nach den Umständen dessen Entfernung vom Dienste festsetzen kann.

Art. 139.

Die im vorhergehenden Art. 138 vorgeschriebene Regel erstreckt sich auch auf Richter, welche wegen Schulden der persönlichen Haft unterzogen werden.



## **Besondere Bestimmungen.**

### **Siebentes Hauptstück.**

#### **V o n d e n B a u e r g e r i c h t e n .**

##### **Erste Abtheilung.**

##### **Von dem Gemeindegericht.**

###### **Art. 140.**

Die in den §§ 324 — 342 der Livländischen Bauerverordnung von 1860 enthaltenen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Gemeindegerichts, über die Wahl, Amtsbauer, Beerdigung, Substitution und Besoldung seiner Glieder, so wie der des Gemeindegerichts-Schreibers, bleiben in Geltung, soweit als diese Gerichtsbehörden=Verfassung nicht anders bestimmt.

###### **Art. 141.**

Die Bestätigung eines der drei Candidaten, welche die einzelne Gemeinde, oder die nach § 255 zu einem Gemeindegerichts-Bezirk verbundenen mehreren Gemeinden nach § 329 der Livländischen Bauerverordnung für jede Gemeinderichterstelle in Vorschlag zu bringen haben, steht dem örtlichen Kirchspielsrichter zu.

###### **Art. 142.**

Zum Amte eines Gemeindegerichts-Schreibers wird der Candidat von dem Gemeindegerichte dem Kirchspielsrichter zur Bestätigung vorgestellt.

Ist Letzterem der Vorgestellte nicht bekannt, so vergewissert er sich vor der zu ertheilenden Bestätigung von seiner Würdigkeit und Befähigung zu dem ihm zu übertragenden Amte. Erachtet er ihn nicht für würdig oder fähig, so ist er berechtigt, unter Verweigerung der Bestätigung die Vorstellung eines andern Candidaten anheimzugeben.

Fände eine solche nicht statt, oder wäre der Vorgestellte abermals eine ungeeignete Persönlichkeit, so hat der Kirchspielsrichter die Kirchspielstichter=Versammlung hiervon in Kenntniß zu setzen, welche bei Billigung seines Verfahrens ihn zur Ernennung eines Gemeindegerichts-Schreibers ermächtigt, bei Mißbilligung seines Verfahrens aber einen der zum ersten oder zweiten Male Vorgestellten bestätigt.

###### **Art. 143.**

Die Besoldung des Gemeindegerichts-Schreibers liegt der einzelnen oder den mehreren zu einem Gemeindegerichts-Bezirk verbundenen Gemeinden ob.

Art. 144.

Bei Ernennung des Gemeindeggerichts-Schreibers durch den Kirchspielsrichter nach Art. 142 bestimmt die Kirchspielsrichter-Versammlung den Betrag des demselben von der Gemeinde zu gewährenden Gehaltes.

Art. 145.

Einen eigenen Gemeindeggerichts-Bezirk kann jede nicht weniger als 100 männliche Seelen zählende Gemeinde bilden.

Kleinere Gemeinden müssen sich zur Bildung eines Gemeindeggerichts-Bezirks anderen Gemeinden anschließen.

Art. 146.

Die Vereinigung mehrerer Gemeinden von über 100 männlichen Seelen zu einem Bezirke ist gestattet, mit der Einschränkung jedoch, daß durch dieselben nicht mehr als 3000 männliche Seelen zu einem Gemeindeggerichts-Bezirk vereinigt werden dürfen.

Art. 147.

Die Bildung der einzelnen Gemeindeggerichts-Bezirke ist von dem Kirchspielsrichter zu bestätigen.

Art. 148.

Vor das Gemeindeggericht gehören ausschließlich die Rechtsstreitigkeiten der Bauer-Gemeindeglieder im engern Sinne unter einander, so wie die Strafsachen gegen solche Bauer-Gemeindeglieder, sofern sie in dem Gerichtsbezirke des Gemeindeggerichts gegen die öffentliche Ordnung oder gegen andere Bauer-Gemeindeglieder im engern Sinne begangen sind und nicht mit solchen Verbrechen oder Vergehen in Verbindung stehen, für welche die höheren Behörden zuständig sind.

Art. 149.

Die Gerichtsbarkeit des Gemeindeggerichts erstreckt sich auf den Bezirk der bezüglichen Gemeinde, oder der Gemeinden, welche ihn bilden.

Art. 150.

Die Sachen, auf welche sich die Competenz des Gemeindeggerichts erstreckt, sind:

**I. In Civil-Rechtsachen.**

1. Die Verhandlung und Aburtheilung von Streitigkeiten und Forderungen:

- a) welche den Werth von 15 Rbl. S. M. nicht übersteigen, — ohne Berufung;
- b) bis zum Werth von 200 Rbl. S. M. — mit Berufung an das Kirchspielsgericht.

2. Ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes, die Verhandlung und Aburtheilung von Streitigkeiten über

- a) Antritt, Dauer und Aufkündigung des Dienstes; Ort und Maaß der Dienstleistung;
- b) Räumung und Ueberlassung von Miethlocalen;
- c) Pfändung von Thieren oder anderen beweglichen Sachen;
- d) Wiederherstellung des jüngsten Besitzes;
- e) Alimentationsansprüche;
- f) Ersatzansprüche für auf Feldern, Wiesen, Weiden und in Waldungen verursachte Schäden;
- g) Arretirung beweglicher Vermögensstücke, des Pases oder der Person des dem Gemeindeggerichte untergebenen Schuldners.

Gegen Urtheile des Gemeindeggerichts in den unter 1 a angeführten Rechtsstreitigkeiten ist nur die binnen 14 Tagen beim Kirchspielsgerichte anzubringende Nullitätsbeschwerde gestattet.

Gegen Urtheile des Gemeindeggerichts in den unter 1 b und 2 angeführten Sachen dagegen ist Berufung an das Kirchspielsgericht binnen 14 Tagen — jedoch hinsichtlich der unter 2 angeführten Sachen ohne Suspensiv-Effect — gestattet.

### **II. In Straf-Rechtsachen.**

Die Untersuchung und Entscheidung aller in der Livländischen Bauerverordnung der Strafgewalt des Gemeindeggerichts unterworfenen Vergehen.

Beschwerden über Entscheidungen der Gemeindeggerichte in geringfügigen Strafrechtsachen sind beim Kirchspielsrichter binnen 3 Tagen, von der Verkündung des Urtheils gerechnet, anzubringen.

Solche Beschwerden haben Suspensiv-Effect, die Fälle ausgenommen, in welchen die Herstellung der gestörten Ordnung und der öffentlichen Sicherheit die unmittelbar folgende Strafvollstreckung erheischt.

### **III. In Sachen der administrativen Justiz für Bauer-Gemeindeglieder im engeren Sinne.**

1. Das Vermögen von Pupillen und Kuranden zu consigniren und, wenn erforderlich, sicherzustellen.

2. Für Unmündige die Vormünder, falls von den Eltern keine verordnet worden, in Vorschlag zu bringen und dem Kirchspielsgerichte zur Bestätigung vorzustellen.

3. Nachlassenschaften, hinsichtlich welcher die gesetzlichen Erben unbekannt oder abwesend sind, zu consigniren und sicherzustellen, über das Geschehene aber dem Kirchspielsgerichte zu berichten.

4. Beaufsichtigung der Vormünder und Vormundschaften und Rechnungs-Abnahme von denselben.

5. Vorstellung der Vormundschafts-Rechnungen an das Kirchspielsgericht, so wie Vorstellungen wegen etwaiger Gerichtsübergabe des untreuen oder fahrlässigen Vormundes.

#### **IV. In Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.**

1. Mündlich vor Gericht verlaubliche letztwillige Verfügungen zu Protocoll zu ver-  
schreiben, schriftliche Testamente und Vermächtnisse entgegen zu nehmen und solche dem Kirch-  
spielsgerichte vorzustellen.

Falls nicht zu der Gemeinde gehörige Personen, oder solche, deren Wohnort unbekannt  
ist, durch das Testament zu Erben eingesetzt sind, so berichtet das Gemeindericht hierüber an  
das Kirchspielsgericht.

2. Auf Ansuchen von Betheiligten, Nachlaß-Inventarien aufzunehmen und Erbtheilun-  
gen zu vermitteln.

3. Nach § 711 der Bauerverordnung, Verträge, deren schriftliche Abfassung gesetzlich  
nicht geboten, auf Ansuchen des Contrahenten zu Protocoll zu nehmen, schriftlich vollzogene  
Verträge in das Contractenbuch der Gemeinde aufzunehmen, sofern diese Verträge nicht Ueber-  
tragung von unbeweglichem Vermögen betreffen.

Diese Handlungen freiwilliger Gerichtsbarkeit ist das Gemeindericht berechtigt vor-  
zunehmen, wenn auch nur eine der contrahirenden Parteien Bauer=Gemeindeglied im engern  
Sinne ist.

4. Entgegennahme und Aufbewahrung von Depositen.

5. Bewerfstellung von Beaugenscheinigungen und eventueller Taxationen, betreffend  
in Feld, Wiese, Weide und Wald geursachte Beschädigungen. Zu solcher ist jedes Glied des  
Gemeinderichts innerhalb seines Bezirkes auf Ansuchen jedes Beschädigten ohne Rücksicht  
auf den Stand desselben oder den des Damnicanten allezeit verpflichtet.

Beschwerden über Verfügungen des Gemeinderichts in Sachen der administrativen  
Justiz und der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind beim Kirchspielsgerichte anzubringen.

#### **V. In Sachen gerichtlicher Polizei.**

Das Gemeindericht ist verpflichtet und berechtigt:

1. Zur Execution seiner eigenen Urtheile.

2. Im Auftrage des ihm vorgesetzten Kirchspielsgerichts, Kirchspielsrichters oder  
Instanzgerichtes, zu Executionen von Urtheilen dieser Gerichte, so wie zur Anlegung von  
Arresten, Consignation und Sicherstellung von Concurs-, Nachlaß- und pupillarischem Ver-  
mögen, Erhebung von Ermittlungen und Berichterstattung darüber, gleichfalls im Auftrage  
dieser Gerichte.

### **Zweite Abtheilung.**

#### **Von dem Kirchspielsgerichte.**

##### **Art. 151.**

Jedes Kirchspielsgericht besteht aus dem Kirchspielsrichter und mindestens zwei bauer-  
lichen Weisshern.

Besteht der Kirchspielsgerichts-Bezirk aus mehr als einem Kirchspiele, so wählt jedes  
derselben einen Weissher in das Kirchspielsgericht.

Zur Besorgung der Kanzelleigeschäfte bei jedem Kirchspielsgerichte ist der Notair des Kirchspielsrichters verpflichtet.

Die Anzahl und die Umgränzung der Kirchspielsgerichts-Bezirke ergibt sich aus der Beilage Litt. dieser Gerichtsbehörden-Verfassung.

Art. 152.

Der Kirchspielsrichter und sein Substitut werden nach der im Art. 61 aufgestellten Wahlordnung, die bürgerlichen Beisitzer des Kirchspielsgerichts und deren Substitute dagegen nach den bezüglichlichen Bestimmungen der Livländischen Bauerverordnung gewählt.

Art. 153.

Das Kirchspielsgericht versammelt sich auf Anordnung des Kirchspielsrichters so oft, als die Erledigung aufgelaufener Sachen es nöthig erscheinen läßt; doch hat der Kirchspielsrichter in jedem Monate mindestens einmal das Kirchspielsgericht zur Gerichtsſitzung zusammenzuberufen.

Art. 154.

Bei Aburtheilung jedes einzelnen Falles muß das Kirchspielsgericht vollständig — in Fällen der gesetzlichen Abhaltung oder Ablehnung der ordentlichen Glieder vermittelt Zuziehung der resp. Substituten — besetzt sein.

Art. 155.

Die Gegenstände der Competenz des Kirchspielsgerichts sind:

1. Die allendliche Entscheidung über Berufungen und Nullitätsbeschwerden gegen Urtheile der Gemeindeggerichte, so wie über Beschwerden wegen von Seiten derselben verweigerter Justiz.
2. Die Erledigung von Beschwerden über Verfügungen des Gemeindeggerichts in Sachen der administrativen Justiz und der freiwilligen Gerichtsbarkeit.
3. Die gerichtliche Eintragung resp. Corroboration der schriftlich abzufassenden Pacht- und anderer Verträge.
4. Die Bestätigung der Vormünder und die Function als Oberbehörde in Vormundschafts- und Nachlassachen von Personen des Bauernstandes.

## Achtes Hauptstück.

### Von den Bagatellgerichten.

#### Erste Abtheilung.

Von den Kirchspielsrichtern oder landischen, und von den städtischen Einzelrichtern.

Art. 156.

Auf dem Lande wird das Amt eines Einzelrichters in jedem Kirchspielsgerichts-Bezirke von dem Kirchspielsrichter geübt.



Art. 157.

Für jede der zehn Livländischen Kreis- und Landstädte (außer den im Provinzialrecht Thl. I, Art. 631 und 632 aufgezählten auch den Gerichtsflecken Schloß mitgerechnet) wird in denselben nach der im Art. 61 aufgestellten Wahlordnung ein städtischer Einzelrichter und ein Substitut desselben gewählt.

Anmerkung. Nach Maßgabe des Bedürfnisses kann mit Genehmigung der zuständigen Obrigkeit die Anzahl der städtischen Einzelrichter für Dorpat und Pernau vermehrt werden.

Art. 158.

Sowohl die Kirchspielsrichter als die städtischen Einzelrichter werden nach geschehener Wahl vom Hofgerichte bestätigt und bei dem örtlichen Instanzgerichte in Eid genommen.

Art. 159.

Die Kirchspielsrichter und städtischen Einzelrichter <sup>finden sich</sup> haben für die Dauer ihrer Amtsführung innerhalb des ihnen zugewiesenen Jurisdictions-Bezirks ihr Domicil zu nehmen und in der in ihrem Jurisdictions-Bezirk belegenen Stadt ihr Gerichtslocal zu haben.

Der Jurisdictions-Ort wird von der jedesmaligen Wahlversammlung bestimmt, falls in dem betreffenden Bezirk eine Stadt nicht vorhanden ist.

Art. 160.

Jeder Kirchspielsrichter und städtische Einzelrichter ist mit mindestens 1500 Rbl. S. zu besolden, und zwar der Kirchspielsrichter aus landischen, der städtische Einzelrichter aus städtischen Mitteln, und hat dagegen die Verpflichtung:

1. Für ein geeignetes Local zu sorgen.
2. Alle nöthigen Kanzlei-Bedürfnisse anzuschaffen.
3. Einen Notairen und einen Gerichtsdienner in seinen Dienst zu nehmen und zu besolden.

Art. 161.

Die Notaire der Einzelrichter (Art. 160, Pkt. 3), welche alle Kanzlei- und Rechnungsgeschäfte zu besorgen haben, werden auf Präsentation der Einzelrichter vom örtlichen Instanzgerichte bestätigt und in Eid genommen.

Ueber Entlassung des Notairs hat der Einzelrichter dem Instanzgerichte Anzeige zu machen und gleichzeitig den Amtsnachfolger zur Bestätigung vorzustellen.

Art. 162.

Jeder Kirchspielsrichter und städtische Einzelrichter wird im Behinderungsfalle von seinem Substituten vertreten. Wird auch der Substitut durch gesetzliche Gründe verhindert, seines Amtes zu warten, so hat das örtliche Instanzgericht durch Delegation eines andern Einzelrichters, Einzelrichter-Substituten, oder eines seiner Glieder, für geeignete Stellvertretung Sorge zu tragen.

Art. 163.

Der Kirchspielsrichter und städtische Einzelrichter ist verpflichtet zu jeder Zeit Klagen entgegenzunehmen.

In seiner Abwesenheit können sie auch vom Notairen entgegengenommen werden.

Art. 164.

Ueber die Gerichtsgebühren, welche der Kirchspielsrichter nach einer vom Hofgerichte bestätigten Taxe zu erheben hat, ist von demselben Rechnung zu führen, diese alljährlich von der Versammlung der Kirchspielsrichter zu revidiren und der Ertrag unter die Mitglieder derselben zunächst behufs Vergütung der etwa von ihnen aus eigenen Mitteln für amtliche Zwecke gemachten Auslagen, demnächst aber auf Abschlag von deren Gehalten zu vertheilen.

Ueber die von dem städtischen Einzelrichter nach gleicher Taxe zu erhebenden und zur Revision durch das Instanzgericht in gleicher Weise zu verrechnenden Gerichtsgebühren verfügt in analoger Weise das örtliche Instanzgericht.

Art. 165.

Die Gerichtsbarkeit jedes Einzelrichters, welcher keinem vereinigten landischen und städtischen Territorio vorsteht, erstreckt sich, mit Ausnahme der in den Art. 148, 150 und 194 angegebenen Fälle auf alle [Sachen der nach den bestehenden Gesetzen unter die Gerichtsbarkeit des betreffenden Territorii gehörigen Personen] [innerhalb seines Jurisdictions-Bezirktes befindlichen Personen ohne Unterschied des Standes]

Art. 166.

Gegenstand der einzelrichterlichen Competenz sind:

**I. In streitigen Civil-Rechtsachen.**

1. Ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes:

- a) Streitigkeiten zwischen Dienstherrn und deren Beamten und Dienstboten, zwischen Handwerksmeistern und deren Gefellen und Lehrlingen, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern jeglicher Art, über Beginn, Dauer und Erfüllung der bezüglichen Verträge, so wie des gegenseitigen dienstlichen oder gewerflichen Verhältnisses überhaupt;
- b) Streitigkeiten zwischen Pächter und Verpächter, so wie Miether und Vermiether wegen Ueberlassung oder Räumung von Pachtgrundstücken, so wie von Wohnungen oder anderen Miethlocalen;
- c) Streitigkeiten über Ersatzansprüche für die auf Feldern, Wiesen, Weiden und Wäldungen geurachten Schäden;
- d) Alimentations-Streitigkeiten;
- e) Streitigkeiten über den jüngsten Besitz;
- f) Arretirung beweglicher Vermögensstücke, des Passes oder der Person des Schuldners.

2. Mit Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes:

- a) Verhandlung von Edictal- und Concurssachen, wenn der Activ-Etat des Nachlasses oder der Concurssache den Werth von 200 Rbl. S. nicht übersteigt;
- b) Rechtsstreitigkeiten in Testaments- und Nachlasssachen unter derselben Voraussetzung;
- c) Streitigkeiten über Forderungen jeder Art, wenn das Streit-Object den Werth von 200 Rbl. S. nicht übersteigt;
- d) dergleichen Klagen, wenn sie bewegliche Sachen im Werthe von nicht mehr als 200 Rbl. S. betreffen.

Anmerkung: Wenn der Fiskus, die Credit-Anstalten, die Kirche, die Ritterschaft, das Stadt-Arzt, oder gemeinnützige Stiftungen in den ad c u. d erwähnten Streitigkeiten als Kläger oder Beklagte betheiligt sind, so gehören diese Sachen vor das Instanzgericht.

### II. In nicht streitigen Sachen.

1. Die Consignation und Sicherstellung des Vermögens von Pupillen, gerichtlich erklärten Verschwendern und vor allen unter Kuratel gestellten Personen;

2. die gerichtliche Vormundschafts-Verhandlung, wenn das Vermögen der Pupillen, resp. Kuranden, die Summe von 500 Rbl. S. nicht übersteigt;

3. die Aufnahme von Nachlass-Inventarien auf Ansuchen der Betheiligten oder bei Abwesenheit der Betheiligten von Amtswegen, und — wo nöthig — Sicherstellung des Nachlasses, die Ermittlung unbekannter Erben oder solcher, deren Wohnort unbekannt ist; auch in den Fällen, wo die fragliche unstrittige Nachlasssache einem Gemeindegerrichte competirt (Art. 150, III. 3.);

4. die Mitwirkung bei Erbtheilungen auf Ansuchen der Betheiligten;

5. Erlass von Monitorien über unstreitige Forderungen bis 200 Rbl. S. und resp. Beitreibung derselben;

6. Vollziehung rechtskräftiger Urtheile, der eigenen sowohl als derjenigen, die von den vorgesetzten Gerichten zur Vollziehung ihm überwiesen wurden;

7. die Vermarkung der Grenzen in der Natur, wo solche in Folge einer gerichtlichen Verhandlung oder Aburtheilung nöthig ist;

8. Bewerkstelligung von Auctionen, welche er entweder in Person oder durch seinen Notairen veranstalten kann;

9. Attestationen von Handschriften jeder Person und Legitimationen seiner Bezirks-Eingefessenen oder Streitparteien.

### III. In Strafsachen.

1. Die Untersuchung und Entscheidung aller Vergehen, welche von dem Strafgesetze bedroht sind mit Erinnerung, Bemerfung, Verweis, Geldstrafe nicht über 300 Rbl. S., Arrest nicht über 3 Monate, Gefängniß nicht über ein Jahr;

2. die Untersuchung und Entscheidung aller vergleichbaren Antragsverbrechen;

3. der Sühneversuch in den in der Strafproceß-Ordnung angegebenen Fällen.

Anmerkung. Die unter 1 und 2 bezeichneten Vergehen gehören nicht zur Competenz des Einzelrichters, wenn

- a) die gesetzliche Strafe mit der Ausweisung des Schuldigen aus seinem Aufenthaltsorte, mit dem Verbote des Handels- oder Gewerbetriebs, oder mit der Schließung einer Handels- oder Gewerkanstalt verbunden ist;
- b) die Entschädigungsforderung für den erlittenen Schaden oder Verlust 300 Rbl. S. M. übersteigt;
- c) für den Angeschuldigten ein Gemeindegerecht zuständig ist;
- d) das Vergehen von Edelleuten, Geistlichen oder Ehrenbürgern begangen worden;
- e) das Vergehen von Personen jeglichen Standes zum dritten Mal, oder wenn zum ersten oder zweiten Mal jedoch in einem Betrage von mehr als 300 Rbl. S. M., oder unter den in den Art. 254—262, 263 P. 2, 266, 268, 2226—2334, 2240, 2244, 2253, P. 2, 2254, 2259, 2262 und 2263 des Strafgesetzbuches erwähnten Umständen begangen worden.

Art. 167.

Der Einzelrichter entscheidet allendlich

1. in allen streitigen Civil-Rechtsachen, deren Streitgegenstand den Werth von 30 Rbl. S. nicht übersteigt;
2. in allen Straffachen, in welchen auf keine höhere Strafe erkannt wurde, als: Erinnerung, Bemerkung, Verweis und Geldstrafe nicht über 30 Rbl. S.

Art. 168.

Berufung gegen einzelrichterliche Endurtheile findet Statt:

- a) in den Art. 166 I unter 1 angeführten Sachen;
- b) in den Art. 166 I unter 2 angeführten Sachen, wenn der Streitgegenstand den Werth von 30 Rbl. S. übersteigt.

Stellt sich jedoch im Laufe des Rechtsstreites heraus, daß eine von den Art. 166 I unter 1 angeführten Sachen einen Geldwerth, und zwar einen den Betrag von 30 Rbl. S. nicht übersteigenden hat, so findet ebenfalls keine Berufung Statt.

Art. 169.

Beschwerden können von den zur Sache legitimirten Personen erhoben werden gegen einzelrichterliche Verfügungen in nicht streitigen Sachen.

Art. 170.

Gegen Urtheile resp. Verfügungen des Kirchspielsrichters (landischen Einzelrichters) geht die Berufung, resp. Beschwerde, an die örtliche Versammlung der Kirchspielsrichter, gegen Urtheile resp. Verfügungen des Stadt-Einzelrichters dagegen an das örtliche Instanzgericht.

Art. 171.

Die Nichtigkeitsbeschwerde gegen Entscheidungen der landischen oder städtischen Einzelrichter, so wie die Beschwerde über von ihnen verweigerte Justiz, gehen an das Hofgericht.

Art. 172.

Der Einzelrichter hat die der Polizei zuständigen Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen, wenn bei der Verübung eines Verbrechens oder Vergehens, das nicht zu seiner ordinären Zuständigkeit gehört, die Polizeibeamten nicht zur Stelle oder sonst verhindert sind ihr Amt auszuüben.

## **Zweite Abtheilung.**

### **Von den Kirchspielsrichter-Versammlungen.**

Art. 173.

Die Kirchspielsrichter-Versammlung bildet die Rechtsmittel-Instanz zur Erledigung der bei ihr angebrachten Berufungen gegen Endurtheile, und der Beschwerden über Verfügungen derjenigen Kirchspielsrichter, aus welchen sie zusammengesetzt ist.

Art. 174.

Die Kirchspielsrichter-Versammlungen werden, nach Maßgabe der Beilage zu Art. 151 aus wenigstens vier Kirchspielsrichtern zusammengesetzt, deren Bezirke aneinander grenzen.

Zum Vorsitz jeder Kirchspielsrichter-Versammlung wird einer der dieselbe bildenden Kirchspielsrichter vom Hofgerichte ernannt.

Art. 175.

Bei jeder Kirchspielsrichter-Versammlung hat, nach der Bestimmung des Vorsitzenden, einer der Notaire der die Versammlung bildenden Kirchspielsrichter die Kanzelleigeschäfte zu führen. Derselbe genießt hierfür die bei der Kirchspielsrichter-Versammlung vorkommenden tagmäßigen Sporeln und Gerichtsgebühren.

Art. 176.

Die Kosten der Kirchspielsrichter-Versammlungen (Lokal, Kanzellei-Material u. s. w.) werden aus Mitteln der betreffenden Wahlbezirke bestritten.

Art. 177.

Jede Kirchspielsrichter-Versammlung tritt wenigstens viermal jährlich zu den Gerichtshegungen zusammen; doch kann der Vorsitz in dringenden Fällen und bei Anhäufung von Geschäften auch außerordentliche Versammlungen anberaumen.

Das Hofgericht ordnet an und veröffentlicht zu Anfange eines jeden Jahres das Erforderliche sowohl hinsichtlich der Zeit der vier ordentlichen Gerichtshegungen, als auch hinsichtlich der Orte, Lokale und Vorsitz sämtlicher Kirchspielsrichter-Versammlungen in Livland und Defel.

Art. 178.

Der laut Art. 174 vom Hofgerichte zum Vorsitz der Versammlung ernannte Kirchspielsrichter bereitet die jedesmalige Gerichtshegung derselben durch Erlass der nöthigen Ausschreiben, Citation der Parteien und Zeugen, so wie Ergreifung aller sonst nöthigen, die Sachverhandlung ermöglichenden und fördernden Maßregeln vor.

Ihm sind auch alle an die Kirchspielsrichter-Versammlung gerichteten oder für dieselbe bestimmten Schreiben und sonstige Schriften, insbesondere die bei den einzelnen Kirchspielsrichtern eingelegten Berufungen und Beschwerden zuzustellen.

Art. 179.

Derjenige Kirchspielsrichter, gegen dessen Entscheidung ein Rechtsmittel ergriffen wurde, muß bei der Verhandlung und Entscheidung der bezüglichen Sache aus der Kirchspielsrichter-Versammlung ausscheiden, so daß jedoch stets mindestens drei Kirchspielsrichter an Verhandlung und Entscheidung der Sache Theil nehmen.

Art. 180.

Ihre Urtheile überweist die Kirchspielsrichter-Versammlung demjenigen Kirchspielsrichter zur Vollstreckung, dessen Urtheil oder dessen Verfügung angefochten worden war.

Art. 181.

Die Urtheile der Kirchspielsrichter-Versammlungen können nur mit der beim Hofgerichte anzubringenden Nichtigkeitsbeschwerde angefochten werden.

## Neuntes Hauptstück.

### Von dem Handelsgerichte in Bernau.

Art. 182.

Für alle, in der Hafenstadt Bernau vorkommenden streitigen Handelsfachen besteht daselbst ein Handelsgericht.

Art. 183.

Dasselbe ist zusammengesetzt aus dem örtlichen Stadteinzelsrichter als Vorsitz und zwei aus der Zahl der in Bernau beständig wohnenden und daselbst den Handel mindestens seit drei Jahren betreibenden Beisitzern oder s. g. Handelsrichtern.

Für jeden Handelsrichter ist ein Substitut von gleicher Qualifikation bestellt.

Art. 184.

Die Mitglieder des Bernauschen Handelsgerichts resp. deren Substituten dürfen unter einander weder in gerader Linie verwandt, noch auch in der Seitenlinie bis zum zweiten Grade verwandt oder im ersten Grade verschwägert sein, oder aber als Geschäfts-Compagnons in Beziehung stehen.

Art 185.

Die Kanzelleigeschäfte des Bernauschen Handelsgerichts besorgt der Notair des örtlichen Stadteinzelrichters.

Auch ist bei demselben ein Gerichtsdienner angestellt.

Art. 186.

Der Vorstzer wie auch der Gerichtsdienner werden, nach Maßgabe des in der Beilage zu dieser Gerichtsbehörden-Verfassung aufgestellten Stats, aus den Bernauschen Stadtmitteln besoldet.

Die beiden Handelsrichter verwalten ihr Amt unentgeltlich.

Der Notair des Bernauschen Stadteinzelrichters genießt für Besorgung der Kanzelleigeschäfte des Handelsgerichts sämtliche bei demselben vorkommenden tagmäßigen Sporteln.

Art. 187.

Die Wahl der Handelsrichter und deren Substitute wird in einer Versammlung der zur ersten und zweiten Gilde steuernden Bernauschen, ferner der in Bernau domicillirenden fremdstädtischen und ausländischen Kaufleute christlicher Confession unter dem Vorstze des Vorstandes der Bernauschen Kaufmannschaft und unter möglichster Berücksichtigung der verschiedenen in Bernau vertretenen Handelsbranchen vollzogen.

Art. 188.

Die Wahl geschieht nach absoluter Stimmenmehrheit, gilt auf vier Jahre, darf von dem Erwählten nicht abgelehnt werden und wird von dem Bernauschen Magistrate bestätigt. Den Diensteid haben die Erwählten bei dem Magistrate der Stadt Bernau zu leisten.

Art. 189.

Aus dem Bernauschen Handelsgerichte scheidet alle zwei Jahre ein Handelsrichter und ein Substitut aus und werden durch Neuwahl ersetzt, monächst nach abermals zwei Jahren der bereits vier Jahre im Amte gewesene Handelsrichter und Substitut ausscheiden. Doch sind die Ausgeschiedenen wieder wählbar, können aber im Laufe der nächsten vier Jahre die Wiederwahl ablehnen.

Art. 190.

Das Letztere gilt auch von Denjenigen, welche bereits zweimal das Amt eines Handelsrichters bekleidet haben.

Art. 191.

Die Handelsrichter genießen während der Dauer ihres Amtes die Rechte und Vorzüge, welche den Gliedern des Instanzgerichtes der Rangklasse ihres Amtes nach zustehen.

Art. 192.

Ein Handelsrichter tritt aus dem Amte:

1. wenn er seinen Wohnsitz aus Pernaу verlegt;
2. wenn er seinen Handelsbetrieb einstellt;
3. wenn er in Insolvenz geräth;
4. wenn er irgendwie die gesetzliche Befähigung zur Bekleidung eines Wahlamtes verloren hat.

Art. 193.

Die Gerichtsbarkeit des Pernauschen Handelsgerichtes erstreckt sich, unter Berücksichtigung seiner im folgenden Art. 194 umschriebenen Competenz über das ganze Patrimonialgebiet der Stadt Pernaу und innerhalb desselben auf alle Personen ohne Unterschied des Standes.

Art. 194.

Gegenstand der Competenz des Pernauschen Handelsgerichtes im Bereiche des Patrimonialgebietes der Stadt Pernaу sind:

1. ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes: alle Handelsinsolvenz- und Handelconcurssachen;
2. mit Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes alle, die Competenz des Einzelrichters übersteigenden Rechtsstreitigkeiten, welche den Handelsverkehr, insbesondere solche Rechtsverhältnisse betreffen, welche dem Handel eigenthümlich sind, — ohne Rücksicht darauf, ob die Parteien zu den Kaufleuten gehören oder nicht; insbesondere aber:
  - a) alle Arten des Handels mit Erzeugnissen und Waaren und zwar ohne Rücksicht darauf, ob derselbe von Kaufleuten oder anderen Personen betrieben wird; jedoch unter Berücksichtigung der im folgenden Art. 195 bezeichneten Ausnahmen;
  - b) der Handel der Fabriken und Betriebsanstalten, desgleichen der Buden-, Speicher- und Magazinhandel;
  - c) kaufmännische Aufträge über Kauf, Verkauf, Transport und Lieferung von Waaren;
  - d) kaufmännische Geldrimeffen, Wechsel- und Banquier-Geschäfte;
  - e) Lieferungsverträge der Fabriken und Manufacturanstalten;
  - f) Schiffsbauten, alle Käufe, Verkäufe und Reparaturen von Schiffen, Schiffsrheberei, Befrachtung oder Miethung eines Schiffes;
  - g) Verbindungen zu Handelsgeschäften;
  - h) kaufmännische Wechselverbindlichkeiten;
  - i) Geschäfte, welche von Personen des Handelsstandes auf der Börse oder durch Makler geschlossen werden;
  - k) Verträge der Passagiere in Betreff ihrer Ueberfahrt auf Schiffen;
  - l) See-Assicuranz, Havarie, Bodmerei und Schiffbruch, desgleichen Schadensstandsklagen wegen Uebersegelungen und anderer See-Ereignisse;
  - m) Geschäftsverhältnisse der Kaufleute, Banquiers, Detailhändler und Makler mit den in ihren Handels-, Banquiers- und Maklergeschäften thätigen Personen.



Art. 195.

Der Competenz des Bernauschen Handelsgerichtes unterliegen nicht:

1. Klagen über Kauf und Verkauf von Erzeugnissen und Waaren für baares Geld in Buden und auf den Märkten;
2. Weiterveräußerungen, welche von Handwerkern vorgenommen werden, insoweit dieselben nur in Ausübung ihres Handwerksbetriebes geschehen;
3. Rechtsstreitigkeiten der großen und kleinen ländlichen Grundbesitzer, landwirthschaftlichen Unternehmer, wie auch Verwalter, hinsichtlich der von ihnen, resp. durch sie veräußerten Erzeugnisse des Ackerbaues und der übrigen Zweige der land- und forstwirthschaftlichen Industrie.

Art. 196.

Das Bernausche Handelsgericht ist die zweite und letzte Instanz in allen Handelsstreitigkeiten, welche durch Berufung oder Beschwerde wider Urtheile oder Verfügungen der Stadt-Einzelrichter sämtlicher Kreis- und Landstädte Livlands und Desels an dasselbe gelangen.

In allen übrigen zu seiner Competenz gehörenden Sachen ist das Bernausche Handelsgericht die erste Instanz.

Art. 197.

Ist die bei dem Bernauschen Handelsgerichte angebrachte Berufung oder Beschwerde gegen ein Urtheil oder gegen eine Verfügung des Bernauschen Stadt-Einzelrichters gerichtet, so hat letzterer für die bezügliche Sachverhandlung im Handelsgerichte das Präsidium in demselben seinem Einzelrichter-Substituten zu übertragen.

Art. 198.

Die Urtheile des Bernauschen Handelsgerichtes in allen Sachen, deren Streitgegenstand den Werth von 1000 Rbl. S. nicht übersteigt, sind inappellabel.

Art. 199.

Gegen Urtheile desselben in Sachen, deren Streitgegenstand den Werth von 1000 Rbl. S. übersteigt, geht die Berufung an das Hofgericht.

Art. 200.

In allen Rechtsstreitigkeiten, für welche das Bernausche Handelsgericht zuständig ist, steht demselben auch die Anlegung des Arrestes, die Anordnung von Maßnahmen zur Sicherstellung des Streitgegenstandes und die Vollstreckung seiner rechtskräftigen Urtheile zu.

Art. 201.

Das Bernausche Handelsgericht hat unter möglichster Berücksichtigung der Bedürfnisse des Handels, die zu seinen Sitzungen bestimmten Tage jeder Woche dergestalt anzuberaumen, daß — in Betracht der doppelten Function seines Vorsitzers — zwischen seiner und der Gerichtslegung des Bernauschen Stadt-Einzelrichters als solchen, keine Collision entstehe.

Art. 202.

Die anberaumten Sitzungstage hat dasselbe durch sämtliche in Livland und Desel erscheinende öffentliche Blätter bekannt zu machen.

Art. 203.

Das Bernausche Handelsgericht ist zur Sachverhandlung und Fällung von Entscheidungen nur in seiner, nöthigenfalls durch Herbeiziehung der resp. Substitute herbeizuführenden Vollzähligkeit berechtigt.

## **Behtes Hauptstück.**

### **Von den ordentlichen Collegialgerichten.**

#### **Erste Abtheilung.**

#### **Von den Instanzgerichten.**

Art. 204.

Als ordentliche Collegialgerichte erster Instanz sind fünf Instanzgerichte bestellt, und zwar: das Instanzgericht

1) in Dorpat. Sein Jurisdictionen-Bezirk umfaßt den Dorpat'schen Kreis sammt den Städten Dorpat und Werro;

2) in Fellin. Sein Jurisdictionen-Bezirk umfaßt den Bernauschen Kreis sammt den Städten Bernau und Fellin;

3) in Wenden. Sein Jurisdictionen-Bezirk umfaßt den Wendenschen Kreis sammt den Städten Wenden und Wall;

4) in Lemsal. Sein Jurisdictionen-Bezirk umfaßt den Rigaschen Kreis sammt den Städten Wolmar, Lemsal und dem Gerichtsflecken Schloß;

5) in Arensburg. Sein Jurisdictionen-Bezirk umfaßt den Deselschen Kreis sammt der Stadt Arensburg.

Art. 205.

Jedes der vier festländischen Instanzgerichte (Art. 204, 1—4 besteht aus

1 Instanzrichter, welcher Vorsitzer des ganzen Collegiums ist,

5 Instanzrätthen und

6 Instanz-Ässessoren,

und hat eine Kanzellei, welche besteht aus

2 Secretairen,

2 Actuaren,

1 Archivar,

1 Cassirer

und der erforderlichen Anzahl Kanzellisten, Translateure, Ministeriale und Wächter, nach dem in der Beilage B. enthaltenen Etat.

Art. 206.

Jedes der vier festländischen Instanzgerichte zerfällt in eine Criminal-Abtheilung, bestehend aus

dem Instanzrichter,  
2 Instanzrätthen und  
4 Instanz-Assessoren

und einer Civil-Abtheilung bestehend aus

3 Instanzrätthen  
2 Instanz-Assessoren.

Art. 207.

Den Vorsitz führt in der Criminalabtheilung der Instanzrichter, in der Civilabtheilung ein dazu von dem ganzen Instanzgerichte auf drei Jahre zu designirender vorsitzender Instanzrath, bei welcher Wahl von dem Instanzgerichte zugleich die in der Civilabtheilung residirenden zwei Instanzrätthe und zwei Instanzassessoren auf drei Jahre zu delegiren sind und zwar dergestalt, daß jedesmal beim Dorpat'schen und beim Pernauschen Instanzgerichte 1 Instanzrath und 1 Instanzassessor, so wie beim Wendenschen und beim Rigaschen Instanzgerichte 1 Instanzassessor, sich als Delegirte von städtischen Gerichtsgliedern in der Civilabtheilung befinden.

In jeder Abtheilung führt ein Secretair das Protocoll, empfängt alle für das Gericht eingehenden Sachen und vermittelt die äußern Beziehungen der Gerichts-Kanzellei zu den Parten und Behörden, wogegen ein Actuar in jeder Abtheilung das Tischregister führt, die zu den laufenden Sachen gehörigen Acten und Gegenstände aufbewahrt und die ihm von dem Gerichte und dessen Vorsitzer aufgetragenen sonstigen Kanzelleigeschäfte besorgt, der Archivar aber dem gemeinschaftlichen Archive beider Abtheilungen vorsteht.

Art. 208.

Zwei der Instanzassessore jedes der festländischen Instanzgerichte werden, nach der Wahl des ganzen Collegii, zu den Aemtern von Untersuchungsrichtern delegirt, deren Function in der Criminalprozeß-Ordnung angegeben ist, und zwar je einer für jeden der beiden resp. Ordnungsgerichtsbezirke.

Diese Delegation gilt für drei Jahre und hat der als Untersuchungsrichter delegirte Instanzassessor für die Dauer seiner Delegation in der Stadt, in welcher das bezügliche Ordnungsgericht seinen Sitz hat, seinen Wohnort zu nehmen.

Art. 209.

Das Defelsche Instanzgericht (Art. 204. 5) besteht aus 1 Instanzrichter als Vorsitzer, 3 Rätthen und 4 Assessoren, und hat eine Kanzellei, welche besteht aus 1 Secretair, 1 Actuar und 1 Archivar, welcher Letztere zugleich als Cassirer fungirt, und der erforderlichen Anzahl Kanzellisten, Translateure, Ministeriale und Wächter, nach dem in der Beilage B. enthaltenen Etat.

Dasselbe zerfällt nicht in Abtheilungen und delegirt nur einen der Assessore zu dem Amte eines Untersuchungsrichters für ganz Desel.

Bei eintretender Verhinderung des Vorsizers einer Abtheilung hat der in derselben nächstfolgende Instanzrath den Vorsitz zu übernehmen.

Art. 210.

In den vier festländischen Instanzgerichten sind die Richterstühle folgendermaßen zwischen der Livländischen Ritterschaft und den resp. Städten vertheilt:

1. In das Dorpat'sche Instanzgericht wählt:  
die Ritterschaft: den Instanzrichter,  
3 Instanzrätthe,  
4 Instanzassessore;  
die Stadt Dorpat: 2 Instanzrätthe,  
1 Instanzassessor;  
die Stadt Werro: 1 Instanzassessor;
2. In das Pernausche (in Fellin residirende) Instanzgericht wählt:  
die Ritterschaft: den Instanzrichter,  
3 Instanzrätthe,  
4 Instanzassessore;  
die Stadt Pernau: 1 Instanzrath,  
2 Instanzassessore;  
die Stadt Fellin: 1 Instanzrath;
3. In das Wendensche Instanzgericht wählt:  
die Ritterschaft: den Instanzrichter,  
4 Instanzrätthe,  
4 Instanzassessore;  
die Stadt Wenden: 1 Instanzrath,  
1 Instanzassessor;  
die Stadt Walk: 1 Instanzassessor;
4. In das Rigasche (in Remsal residirende) Instanzgericht wählt:  
die Ritterschaft: den Instanzrichter,  
4 Instanzrätthe,  
5 Instanzassessore;  
die Stadt Wolmar: 1 Instanzrath;  
die Stadt Remsal und der Gerichtsflecken Schloß gemeinschaftlich: 1 Instanzassessor.

Für jedes von den Städten zu besetzende obervähnte Wahlamt hat der Magistrat der betreffenden Stadt in voller Gerichtsfügung durch Stimmenmehrheit zwei Candidaten zu ermitteln und selbige der Bürgerversammlung zu der von ihr zu bewerkstelligenden Wahl des einen dieser Candidaten für das zu besetzende Amt zu präsentiren.

Bei dem Wahlacte der Stadt Lemsal und des Gerichtsfleckens Schloß haben die beiden Magistrate sich über die von ihnen gemeinschaftlich zu ermittelnden zwei Candidaten zu verständigen und selbige ihren resp. Bürgerversammlungen zur Wahl eines derselben zu präsentiren, wobei für den Fall einer in den beiden Bürgerversammlungen nicht auf denselben Candidaten fallenden Wahl der Magistrat der Stadt Wenden, als Vorort der Städte lettischen Districts, nach seinem Ermessen den einen von den zwei Gewählten zu dem Amte ernannt.

Art. 211.

In das Deselsche (in Arensburg residirende) Instanzgericht wählt:

die Deselsche Ritterschaft: den Instanzrichter,  
2 Instanzrätthe,  
2 Instanz=Assessore;  
die Stadt Arensburg: 1 Instanzrath,  
2 Instanz=Assessore.

Art. 212.

Gegenstand der Competenz des Instanzgerichts sind:

1) die Verhandlung und Entscheidung aller Strassachen und streitigen Civilsachen seines Jurisdiction=Bezirks, soweit dieselben nicht anderen Gerichten zugewiesen sind;

2) die Verhandlung und Entscheidung aller Strassachen und streitigen Civilsachen, welche durch die gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Urtheile oder das Verfahren der Stadt=Einzelrichter an dasselbe gelangt sind;

3) alle Handlungen und Functionen der administrativen Justiz und der freiwilligen Gerichtbarkeit, soweit sie nicht andern Behörden zugewiesen sind, insbesondere

a) die Function als den Einzelrichtern vorgesetzte Obervormundschafts=Behörde und als Vormundschafts=Behörde bei Vermögensbeträgen über 500 Rbl. S.;

Anmerkung: In den Städten verbleibt diese Function den örtlichen Magistraten, resp. deren Unterbehörden; für Bauer=Gemeindeglieder im engeren Sinne dagegen den örtlichen Gemeinde= und Kirchspielsgerichten.

b) die bisher von den Kreisgerichten geübten Functionen als Hypotheken= und Corroboration=Instanz betreffend bäuerliche Grundstücke d. h. Parzellen des Gehorchslandes;

Anmerkung: Hinsichtlich städtischer Immobilien verbleiben diese Functionen bei den örtlichen Magistraten.

c) die Entscheidung der Competenz=Conflicte unter den Einzelrichtern des Instanzgerichts=Bezirks;

d) Vermögens=Obsignationen und Inventuren, soweit sie nicht zur Competenz der Gemeindeggerichte und Einzelrichter gehören;

e) Versteigerung von bäuerlichen Grundstücken;

f) Beglaubigungen von Urkunden jeder Art und von Handschriften aller Personen, welche darum bitten;

- g) die Annahme von Geldsummen, Werthpapieren und anderen Urkunden zu gerichtlicher Aufbewahrung.

Art. 213.

Seine eigenen rechtskräftig gewordenen Urtheile vollstreckt das Instanzgericht entweder selbst oder läßt sie durch die Untergerichte vollstrecken.

Art. 214.

Die gesetzlich gestatteten Rechtsmittel gegen die Entscheidungen oder gegen das Verfahren des Instanzgerichts sind beim Hofgerichte anzubringen und zu verfolgen.

## **Zweite Abtheilung.**

### **Von dem Hofgerichte.**

Art. 215.

Für Livland und Desel besteht als das ordentliche Collegialgericht zweiter Instanz das in Riga residirende Hofgericht.

Art. 216.

Das Hofgericht besteht aus einem Präsidenten, einem Vice-Präsidenten, vier Ober-Räthen und vier Räthen, und hat eine Kanzlei, welche besteht aus:

2 Obersecretairen,

2 Actuaren,

1 Archivaren,

1 Cassirer,

1 Notairen

1 Registrator

2 Translateuren

} für die Hypotheken- und Corroborationsfachen.

und der erforderlichen Anzahl Kanzellisten, Ministeriale und Wächter, nach dem in der Beilage B. enthaltenen Etat.

Das Hofgericht theilt sich in derselben Weise, wie die Instanzgerichte in eine Criminal- und eine Civil-Abtheilung.

Art. 217.

In das Hofgericht werden gewählt:

Von der Livländischen Ritterschaft: 1 Präsident,  
1 Vice-Präsident,  
2 Oberräthe,  
2 Räthe;

von der Deselschen Ritterschaft: 1 Oberrath;

von den Städten Dorpat, Pernau, Arensburg, Fellin und Werro,  
unter vorortlicher Leitung der Stadt Dorpat: 1 Oberrath,  
1 Rath;

von den Städten Wenden, Walk, Wolmar, Lemsal und Schloß, unter  
vorortlicher Leitung der Stadt Wenden: 1 Rath.

Art. 218.

Die Gerichtsbarkeit des Hofgerichts erstreckt sich über ganz Livland und die Insel Oesel;  
von derselben sind ausgenommen die Stadt Riga und ihr Patrimonialgebiet.

Art. 219.

Die Gegenstände der Competenz des Hofgerichts sind:

1. die Verhandlung und Entscheidung aller Civil- und Straffachen, welche durch  
die gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Urtheile, resp. das Verfahren der Instanzgerichte, des  
Pernauschen Handelsgerichts und der Versammlungen der Kirchspielsrichter an das Hofgericht  
gelangt sind;

2. die Fassung von Verweisungs- resp. Einstellungsbeschlüssen in Straffachen;

3. Die Verhandlung und Aburtheilung von Staats-Verbrechen und Vergehen in den  
von der Strafproceß-Ordnung vorgesehenen Fällen;

4. die Verhandlung und Aburtheilung von Amts-Verbrechen und Vergehen in den von  
der Strafproceß-Ordnung vorgesehenen Fällen;

5. die Feststellung der Zuständigkeit der Untergerichte und die Entscheidung von  
Competenzconflicten unter denselben, nach den Bestimmungen der Proceß-Ordnungen;

6. das Vorschreiben von, auf die bestehenden Gesetze begründeten ausführlichen Regeln  
(s. g. Constitutionen) für die innere Ordnung des Gerichts-Verfahrens sowohl im Hofgerichte  
selbst, als in den ihm untergeordneten Behörden (Art. 31);

7. die Anstellung der Beamten der Hofgerichts-Kanzellei, so wie für das ganze Gou-  
vernement die Anstellung der Advocaten und Justizamts-Candidaten, mit Ausnahme der bei  
den Staatsanwälten anzustellenden Justizamts-Candidaten (Art. 65, 67 und 241);

8. die Ernennung der Vorländer in den Kirchspielsrichter-Versammlungen (Art. 174);

9. Beeidigung seiner Kanzelleibeamten und des Schriftführers des hofgerichtlichen  
Staatsanwalts, so wie die der Advocaten, Justizamts-Candidaten und der innerhalb der  
Grenzen der hofgerichtlichen Gerichtsbarkeit anzustellenden öffentlichen Notare (Art. 66, 69  
und 241);

10. mit Vorbehalt der Art. 96 und 97 die ausschließliche Beaufsichtigung und Re-  
vision sämmtlicher Gerichte und Einzelrichter in Livland und Oesel, mit alleiniger Ausnahme  
der für die Stadt Riga und deren Patrimonialgebiet angestellten;

11. die Annahme von Geldern zur Aufbewahrung auf Ansuchen von Privatpersonen  
und in den beim Hofgerichte in Verhandlung stehenden Sachen;

12. Beglaubigung von Documenten aller Art und der Unterschrift aller Personen,  
welche darum bitten;

13. die Corroboration von Rechtsurkunden jeglicher Art; wie auch Eintragung von Hypotheken auf unbewegliches Vermögen und von General-Hypotheken in die öffentlichen Hypothekenbücher und Tilgung derselben, soweit nicht beide Functionen in dieser Gerichts- Behörden-Verfassung anderen Gerichten übertragen sind.

Art. 220.

Das Hofgericht ordnet die Vollstreckung seiner rechtskräftigen Urtheile und Entscheidungen selbst an, oder beauftragt damit eines der ihm untergeordneten Gerichte.

Art. 221.

Die gesetzlich gestatteten Rechtsmittel gegen die Urtheile oder gegen das Verfahren des Hofgerichts sind bei dem Cassationshofe zu verfolgen.

Art. 222.

Das Hofgericht unterliegt keiner andern Beaufsichtigung oder Revision als nach Art. 96 und 97 der eigenen des Justizministers und der auf den Antrag des Justizministers von dem Cassationshofe angeordneten.

## Elftes Hauptstück.

### Von dem Cassationshofe.

Art. 223.

Sämmtliche nicht innerhalb der örtlichen Gerichte des Gouvernements Livland mit Desel ihre Erledigung nach gegenwärtiger Gerichts- Behördenverfassung findende Cassations- sachen, gehen vorläufig an eine Baltische Expedition des Cassations- Departements Eines Dirigirenden Senats.

Art. 224.

Die Ober-Secretaire und Secretaire dieser Baltischen Expedition des Cassationsdepartements müssen des Provinzialrechts der Ostsee-Gouvernements vollkommen kundig und der deutschen Sprache mächtig sein.

Art. 225.

Die Acten der laut Art. 223 auf dem Cassationswege an die Baltische Expedition Eines Dirigirenden Senats gelangenden Sachen brauchen nicht in das Russische übersetzt zu werden, sondern es haben die dieselben in den resp. Senats-Departements vortragenden Ober-Secretaire die eidliche Verpflichtung, zum Behufe der Cassations-Verhandlung den Inhalt der Acten genau und dem Wesen nach vollständig zu referiren.



Art. 226.

Verfügt der Cassationshof die Aufhebung eines Urtheils oder einer sonstigen Entscheidung des Livländischen Hofgerichts, ohne diesem selbst die Fällung eines neuen Urtheils, resp. einer neuen Entscheidung aufzutragen, so überträgt derselbe die Fällung des neuen Urtheils oder der neuen Entscheidung entweder dem Estländischen Oberlandgerichte oder dem Kurländischen Oberhofgerichte.

## **zwölftes Hauptstück.**

### **Von den Beamten der Staatsanwaltschaft.**

Art. 227.

Die Geschäfte der Staatsanwaltschaft werden besorgt von Staatsanwälten und deren Gehilfen, unter Oberaufsicht des Justizministers als General-Staatsanwalt.

Art. 228.

Bei jedem Instanzgerichte und bei dem Hofgerichte befindet sich ein Staatsanwalt und ein Gehilfe desselben.

Art. 229.

Die Gehilfen der Staatsanwälte fungiren unter Anleitung des Staatsanwaltes, bei welchem sie angestellt sind. Die Staatsanwälte der Instanzgerichte (Kreisfiskale) sind dem Staatsanwalte des Hofgerichts (Oberfiskal), der letztere aber ist unmittelbar dem Justizminister untergeordnet.

Art. 230.

Die Staatsanwälte werden im Falle der Krankheit oder Abwesenheit durch ihre Gehilfen vertreten.

Art. 231.

Bei den Staatsanwälten sind Schriftführer angestellt. Das Gehalt derselben, so wie die Kanzlei-Bedürfnisse der Staatsanwaltschaft werden aus besonderen, von der Staatsregierung angewiesenen Etatsummen bestritten.

Art. 232.

Die der Staatsanwaltschaft obliegende amtliche Thätigkeit ist auf Geschäfte im Justizwesen beschränkt.

Art. 233.

Wenn der Staatsanwalt des Instanzgerichts (Kreisfiskal) wahrnimmt, daß bei der gerichtlichen Entscheidung einer Sache sich eine Lücke im Gesetze ergeben hat, und wenn er

die Anregung einer legislativen Frage für nothwendig erachtet, so hat derselbe, unabhängig von der auf Grundlage der bestehenden Proceß-Ordnung getroffenen gerichtlichen Entscheidung, über die entdeckte Lücke des Gesetzes zur ethwanigen Erläuterung und Vorschrift für künftige Fälle dem Staatsanwälte des Hofgerichts (Oberfiskal) zu berichten.

Dem Ermessen des letztern ist es anheim gestellt, die angeregte gesetzliche Lücke oder legislative Frage zur Kenntniß des Justizministers zu bringen.

#### Art. 234.

Die mit einem Amte der Staatsanwaltschaft zu betrauenden Personen müssen, außer den laut Art. 54 erforderlichen Universitätsstudien, mit der juristischen Praxis in den Ostsee-Gouvernements, sei es in einer Justizbehörde oder bei der Staatsanwaltschaft, sei es als Einzelrichter oder Advocaten, sich beschäftigt haben und zwar zur Erlangung des Amtes eines Gehilfen des Kreisfiskals vier Jahre, zur Erlangung des Amtes eines Kreisfiskales und eines Gehilfen des Oberfiskals sechs Jahre, und zur Erlangung des Amtes eines Oberfiskals acht Jahre.

#### Art. 235.

Der Oberfiskal wird auf Vorstellung des Justizministers durch Allerhöchsten namentlichen Befehl ernannt. Der Gehilfe desselben und die Kreisfiskale werden auf Vorstellung des Oberfiskals durch den Justizminister angestellt.

#### Art. 236.

Die Schriftführer der Staatsanwälte werden nach Art. 69 angestellt.

#### Art. 237.

Die Beamten der Staatsanwaltschaft werden von derjenigen Autorität des Dienstes entlassen, durch welche sie angestellt wurden; ihre Ueberführung in ein anderes Amt aber hängt von der Autorität ab, welche dieses Amt zu besetzen berechtigt ist.

#### Art. 238.

Die Staatsanwälte, welche ohne ihre Bitte aus einer Stadt in eine andere übergeführt werden, erhalten außer den Meilengeldern, ohne Rücksicht auf die Entfernung, eine Unterstützung von 150 bis 500 Rbl. S. nach Anordnung des Justizministers.

#### Art. 239.

Die Beamten der Staatsanwaltschaft werden, außerhalb der Ferienzeit, auf nicht mehr als vier Monate beurlaubt; die Gehilfen der Staatsanwälte von denjenigen unter diesen, bei welchem sie dienen, die Kreisfiskale von dem Oberfiskalen, der letztere vom Justizminister.

Art. 240.

Ein Urlaub außerhalb der Ferienzeit, auf länger als auf einen Monat mit Beibehaltung des Gehalts und überhaupt auf länger als auf 4 Monate, wird den Beamten der Staatsanwaltschaft nicht anders als mit Allerhöchster Genehmigung ertheilt.

## Dreizehntes Hauptstück.

### Von den Advocaten, öffentlichen Notaren und Justizamts-Candidaten.

Art. 241.

Als zur Rechtspflege gehörige Justizbeamte werden Advocaten, öffentliche Notare und Justizamts-Candidaten in einer dem jeweiligen Bedürfnisse entsprechenden Zahl für das Gouvernement Livland mit Einschluß der Städte von dem Hofgerichte angestellt und beeidigt, mit Ausnahme der laut Art. 67 bei den Staatsanwälten anzustellenden, jedoch ebenfalls von dem Hofgerichte zu beeidigenden Justizamts-Candidaten.

Art. 242.

Den im vorhergehenden Art. 241 genannten Justizbeamten wird von dem Hofgerichte bei der Anstellung zugleich der von ihnen für die Zeit ihrer Geschäftsführung gewählte bestimmte Wohnort, den Justizamts-Candidaten aber die Justizbehörde, bei welcher sie angestellt werden, bezeichnet.

Ein von ihnen im Laufe der Zeit für ihre Geschäftsführung beabsichtigter Wechsel des Wohnorts kann nur mit Genehmigung des Hofgerichts geschehen und ist von dem Letztern sowohl die erfolgte Anstellung wie auch der Wohnort des Angestellten jederzeit durch die Gouvernements-Zeitung zur allgemeinen Wissenschaft bekannt zu machen.

Art. 243.

Falls an dem Orte, an welchem ein Instanzgericht seinen Sitz hat, kein für den Jurisdictionskreis desselben besonders angestellter öffentlicher Notar sich befindet, so können daselbst die Notariatsgeschäfte von dem Secretairen des örtlichen Instanzgerichts vollzogen werden.

Art. 244.

Advocaten und öffentliche Notare beziehen kein Gehalt, sondern sind berechtigt, für ihre Berufsgeschäfte ein Honorar zu beanspruchen, welches für gewisse in den Rechtsgängen gleichmäßig wiederkehrende und nach ihrer Bedeutung bestimmbare Handlungen durch eine von dem Hofgerichte festzustellende und zu publicirende Taxe bestimmt wird, für nicht zum Voraus bestimmbare Mühwaltungen des Advocaten aber nach den concreten Sachumständen zu bemessen ist.

Art. 245.

Den Advocaten ist es gestattet, durch freiwilliges Uebereinkommen mit der Partei, welche ihre Berufsthätigkeit in Anspruch nimmt, sich an Stelle des tagmäßigen Honorars eine von ihnen beiderseits festgestellte anderweitige Vergütung auszubedingen, über welche im entstehenden Streitfalle das örtliche Instanzgericht, oder wenn das Advocatengeschäft bei dem Hofgerichte stattgefunden hat dieses Letztere, nach seinem richterlichen Ermessen auch auf einen höhern als tagmäßigen Betrag allendlich zu erkennen hat.

Im Falle eines Streites über irgend welche Honorar=Forderungen entscheidet das betreffende Gericht allendlich.

Art. 246.

Advocaten und öffentliche Notare können die Ausantwortung der von ihnen auf Begeh einer Privatpartei angefertigten, nicht aber die Ausantwortung der ihnen blos anvertrauten Documente, bis zur Zahlung des ihnen für die Anfertigung gebührenden Honorars verweigern.

Die für Rechnung einer Partei in ihren Händen befindlichen Gelder oder Gelbeswerthe können sie zur Sicherstellung ihrer Honorar=Forderungen nur durch gerichtliche Deponirung und Beschlagnachsuchung zurückhalten.

Art. 247.

Vor Uebernahme und während der Betreibung einer Privatsache sind Advocaten berechtigt, von der Partei einen verhältnismäßigen Geldvorschuß zur Deckung der voraussichtlich entstehenden Kosten zu fordern.

Art. 248.

Für Nichtbeachtung oder für Verletzung der Vorschriften der Behörden=Verfassung oder der Civil= oder Strafproceß=Ordnung unterliegt der Advocat den für die Justizbeamten vorgeschriebenen Disciplinar=Beahndungen (Art. 110), wobei für ihn an Stelle eines Gehalts=abzuges eine Geldstrafe bis höchstens 50 Rbl. S. eintritt und außerdem jedenfalls der durch das pflichtwidrige Verhalten des Advocaten benachtheiligten Partei auf Schadenersatz wider ihn zu klagen unbenommen ist. Bei wichtigeren Fällen wird der Advocat dem förmlichen Strafverfahren übergeben.

Art. 249.

Advocaten steht es frei, zu ihrer Beihilfe mit den ihnen anvertrauten Berufsarbeiten auch andere Advocaten oder Justizbeamte zu beschäftigen, jedoch haben sie solchenfalls alle Verantwortung für die nöthige Verschwiegenheit und für die Arbeiten derselben selbst zu tragen.

Art. 250.

Justizamts=Candidaten können von der Behörde, bei welcher sie angestellt sind, mit der Besorgung von Kanzelleigeschäften, desgleichen bei etwa hinsichtlich der Advocaten ob=

waltenden Hindernissen, oder auf Bitte der betheiligten Partei, mit der Rechtsvertheidigung der Angeklagten in Strassachen oder der das Armenrecht genießenden Civilparteien beauftragt werden.

Art. 251.

In dringenden Nothfällen kann das Gericht die Justizamts=Candidaten bei eintreten der Verhinderung der ständigen Untersuchungsrichter auch zur Bewerkstelligung der Untersuchung von Verbrechen und Vergehen delegiren, wobei diese Delegaten mit allen Rechten von Untersuchungsrichtern verfahren.



## Stat der Gerichte und Justizbeamten des Livländischen Gouvernements.

Benennung und Anzahl der Gerichte und Glieder.	Gehalte der einzelnen Aemter in Silb.-Rubeln.	Gesamtgehalt der Aemter.	Klasse und Rangordnung		
			des Amtes.	der Uniform.	der Pension.
<b>1 Hofgericht:</b>					
1 Präsident . . . . .	—	5000	IV.	IV.	II.
1 Vicepräsident . . . . .	—	4000	IV.	IV.	II.
4 Oberräthe . . . . .	à 3500	14000	V.	V.	III.
4 Räthe . . . . .	à 3000	12000	V.	V.	III.
<b>4 Instanzgerichte:</b>		<b>35000</b>			
jedes:					
1 Instanzrichter . . . . .	à 3000	12000	V.	V.	III. 1.
1 vorstehender Instanzrath . . . . .	à 2500	10000	VI.	VI.	III. 2.
4 Instanzräthe . . . . .	à 1800	28000	VI.	VI.	III. 2.
6 Instanzassessoren, darin zwei Untersuchungsrichter . . . . .	à 1500	36000	VI.	VI.	III. 2.
<b>1 Oefentliches Instanzgericht:</b>		<b>86800</b>			
4 à 21700					
1 Instanzrichter . . . . .	—	3000	V.	V.	III. 1.
3 Instanzräthe . . . . .	à 1800	5400	VI.	VI.	III. 2.
4 Instanzassessoren, darin ein Untersuchungsrichter . . . . .	à 1500	6000	VI.	VI.	III. 2.
<b>52 Einzelrichter:</b>		<b>14400</b>			
42 Kirchspielsrichter (Art. 160.) . . . . .	à 1500	63000	VI.	VI.	III. 2.
10 Stadt-Einzelrichter . . . . .	à 1500	15000	VI.	VI.	III. 2.
Anmerkung. Der Untersuchungsrichter erhält außer seinem Gehalte auch eine Wohnung oder statt derselben 500 Rubel Silb. jährlich Quartiergeld, desgleichen Pferde zu seinen Geschäftsfahrten nach Art. 86.					
Glieder:		<b>214200</b>			
<b>Kanzellei-Stat:</b>					
<b>1 Hofgericht:</b>					
2 Obersecrétaires . . . . .	à 1200	2400	VII.	VII.	V.
2 Actuare . . . . .	à 800	1600	VIII.	VIII.	VI.
1 Archivar . . . . .	—	800	VIII.	VIII.	VI.
1 Kassirer . . . . .	—	1200	VIII.	VIII.	VI.
1 Notair { für Hypotheken- und Corroborationsfachen. } . . . . .	—	800	VIII.	VIII.	VI.
1 Registrator { für Hypotheken- und Corroborationsfachen. } . . . . .	—	600	VIII.	VIII.	VI.
2 Traducteurs, die nöthigen Kanzellisten, Ministeriale und Diener und für Kanzellei-Materialien . . . . .	—	3000	—	—	—
<b>4 Instanzgerichte:</b>					
jedes:					
2 Secrétaires . . . . .	à 1000	8000	VIII.	VIII.	VI.
2 Actuare . . . . .	à 600	4800	IX.	IX.	VII.
1 Archivar . . . . .	à 600	2400	IX.	IX.	VII.
1 Kassirer . . . . .	à 1000	4000	IX.	IX.	VII.
1 Traducteur, die nöthigen Kanzellisten, Ministeriale, Diener und für Kanzellei-Materialien . . . . .	à 2000	8000	—	—	—
<b>1 Oefentliches Instanzgericht.</b>					
1 Secrétaire . . . . .	—	1000	VIII.	VIII.	VI.
1 Actuar . . . . .	—	600	IX.	IX.	VII.
1 Archivar und Kassirer . . . . .	—	1200	IX.	IX.	VII.
1 Traducteur, die nöthigen Kanzellisten, Ministeriale, Diener, und für Kanzellei-Materialien . . . . .	—	1500	—	—	—
zusammen: Hofgericht . . . . .	—	10400			
4 Instanzgerichte . . . . .	à 6800	27200			
Oefentliches Instanzgericht . . . . .	—	4300			
Kanzelleien:		<b>41900</b>			

# Inhalt.

---

**Einleitende Bestimmungen** . . . . . Art. 1—5.

## **Allgemeine Bestimmungen.**

**Erstes Hauptstück.** Von der inneren Einrichtung der Gerichte.

Erste Abtheilung. Von den Sitzungen der Gerichte . . . . . Art. 6—30.

Zweite Abtheilung. Von den Geschäftsordnungen der Gerichte . . . . . Art. 31—32.

Dritte Abtheilung. Von den Rechenschaftsberichten . . . . . Art. 33—38.

Vierte Abtheilung. Von den Ferien . . . . . Art. 39—40.

**Zweites Hauptstück.** Von dem Schriftwechsel der Gerichte und Justizbeamten Art. 41—51.

**Drittes Hauptstück.** Von der Anstellung, Verabschiedung und Beurlaubung der  
Justizbeamten.

Erste Abtheilung. Von den Erfordernissen der Anstellung . . . . . Art. 52—59.

Zweite Abtheilung. Von der Anstellung . . . . . Art. 60—69.

Dritte Abtheilung. Von der Verabschiedung . . . . . Art. 70—74.

Vierte Abtheilung. Von der Beurlaubung . . . . . Art. 75—77.

**Viertes Hauptstück.** Von den Rechten und Vorzügen der Justizbeamten . . . . . Art. 78—88.

**Fünftes Hauptstück.** Von der Beaufsichtigung der Gerichte und Justizbeamten Art. 89—100.

**Sechstes Hauptstück.** Von der Verantwortlichkeit der Justizbeamten . . . . . Art. 101—104.

Erste Abtheilung. Von den Disciplinar-Behandlungen . . . . . Art. 105—112.

Zweite Abtheilung. Vom Disciplinar-Verfahren . . . . . Art. 113—139.

## **Besondere Bestimmungen.**

**Siebentes Hauptstück.** Von den Bauergerichten.

Erste Abtheilung. Von dem Gemeindegerichte . . . . . Art. 140—150.

Zweite Abtheilung. Von dem Kirchspielsgerichte . . . . . Art. 151—155.

**Achtes Hauptstück.** Von den Bagatellgerichten.

Erste Abtheilung. Von den Kirchspielsrichtern oder landischen, und  
von den städtischen Einzelrichtern . . . . . Art. 156—172.

Zweite Abtheilung. Von den Kirchspielsrichter-Versammlungen . . . . . Art. 173—181.

Neuntes Hauptstück. Von dem Handelsgerichte in Pernau . . . . .	Art. 182—203.
Dehntes Hauptstück. Von den ordentlichen Collegialgerichten.	
Erste Abtheilung. Von den Instanzgerichten . . . . .	Art. 204—214.
Zweite Abtheilung. Von dem Hofgerichte . . . . .	Art. 215—222.
Elftes Hauptstück. Von dem Cassationshofe . . . . .	Art. 223—226.
Zwölftes Hauptstück. Von den Beamten der Staatsanwaltschaft . . . . .	Art. 227—240.
Dreizehntes Hauptstück. Von den Advocaten, öffentlichen Notaren und Justiz-	
amts-Candidaten . . . . .	Art. 241—251.

